Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918
27 (1913)

145 (24.6.1913)

urn:nbn:de:gbv:45:1-580434

Visual Library

Norddeutsches Volksblatt

Organ für die Interessen des werktätigen Volkes

Redaktion und Haupt-Expedition Rüstringen, Peterstraße Nr. 20/22. Fernsprech-Anschluß Nr. 58, Amt Wilhelmshaven. — Filiale: Ulmenstraße Nr. 24.

Das **Norddeutsche Volksblatt** erscheint **täglich** mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und gesetzlichen Feiertagen. — **Abonnementspreis** bei Vorausbezahlung für einen Monat einschließlich Bringerlohn 75 Pf., bei Selbstabholung von der Expedition 65 Pf., durch die Post bezogen vierteljährlich 2,25 Mk., für zwei Monate 1,50 Mk., monatlich 75 Pf. einschließl. Bestellgeld.

Mit Unterhaltungs-Beilage und dem Sonntagsblatt „Die Neue Welt"

Bei den **Inseraten** wird die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum für die Inserenten in Rüstringen-Wilhelmshaven und Umgegend, sowie der Filialen mit 15 Pf. berechnet, für sonstige auswärtige Inserenten 20 Pf.; bei Wiederholungen entsprechender Rabatt. Größere Anzeigen werden tags vorher erbeten. — Platzbestimmungen unverbindlich. Reklamezeile 50 Pf.

27. Jahrgang. **Rüstringen, Dienstag den 24. Juni 1915.** **Nr. 145.**

Dem Ende zu!

Nicht mehr beraten, sondern nur noch abstimmen wollen die bürgerlichen Abgeordneten. Das wird mit jedem Tage klarer, das haben die Reichstagsverhandlungen vom Sonnabend am deutlichsten bewiesen.

Jüngst ging durch die Presse die Nachricht von der Erfindung des automatischen Soldaten, einer Erfindung, die in der Erde vergraben ist und die durch einen Druck auf den Knopf einer elektrischen Fernleitung heraufgeholt werden kann, um nach allen beliebigen Richtungen loszuschießen. Der Erfindung des automatischen Soldaten ist die des automatischen Gesetzgebers vorausgegangen. Am Sonnabend kämpfte die Sozialdemokratie im Reichstag gegen einen unsichtbaren Feind. Auf den Bänken der bürgerlichen Parteien war zeitweise auch nicht ein einziger Abgeordneter zu erblicken. Wurde aber Vertagung beantragt, weil die Sozialdemokraten keine Lust hatten, in die leere Luft hineinzureden, so stand wie aus dem Boden gewachsen mit einem Male eine bürgerliche Mehrheit da, die gegen die Vertagung stimmte. Wenige Sekunden darauf war aber rechts von den sozialdemokratischen Bänken wieder alles still und leer.

Die konservative „Deutsche Tageszeitung" schreibt: „Wenn ein Unbefangener, der unsere parlamentarischen Gepflogenheiten und Machtverhältnisse nicht kennt, den Verhandlungen der letzten Tage beigewohnt hat, so mußte er den Eindruck gewinnen, daß der Reichstag weder parlamentarisch noch politisch seiner Aufgabe bewußt und gerecht wird." Man kann diesem Urteil nur beipflichten, und man muß neidvoll nach Frankreich hinüberblicken, wo in der Kammer seit vielen Wochen mit viel Sachverständnis und Geisteskraft ein großer parlamentarischer Kampf um die Heeresverstärkung geführt wird. Das Ideal der „Deutschen Tageszeitung" liegt freilich nicht in dieser Richtung, sie meint, daß im Reichstag nicht zu wenig, sondern zu viel gekämpft wird. Heeresvorlagen sind nach konservativer Auffassung nicht dazu da, um beraten, sondern um debattelos angenommen zu werden.

Man kann diese Auffassung von konservativem Standpunkt aus verstehen, muß sich aber wundern, daß sie von anderen Parteien geteilt und ihrem Sinne nach gehandelt wird. Für die Konservativen ist der Militarismus die Vollkommenheit selbst, jede Kritik der Heereseinrichtungen dünkt ihnen Rebellion, die schweigende Zustimmung zu allen Neuforderungen ist selbstverständliche Pflicht. Ist die Mehrheit des Reichstags, sind Zentrum, Nationalliberale und Fortschrittler derselben Ansicht? Ehe sie das behaupten könnten, müßten sie alle ihre Reichstagsreden, alle ihre Zeitungen, in denen sie an militärischen Zuständen herbe Kritik übten, aus dem Gedächtnis auslöschen. Sie müßten dann aber nicht nur die sozialdemokratischen Gesetzesanträge, sondern auch ihre eigenen Resolutionen niederstimmen, mit denen sie die zweite Lesung der Militärvorlage so reichlich bepackt haben. Was sollen denn diese Resolutionen? Dienen sie etwa dazu, der Militärverwaltung das Entzücken und die Begeisterung des Reichstages über ihre bisherigen Leistungen auszusprechen? Nein, ganz im Gegenteil: sie sind Hinweisungen auf schwere Unterlassungssünden, dringende Forderungen, begangene Fehler gut zu machen, mit anerkannten Mißständen aufzuräumen. Die große Zahl dieser Resolutionen, die im Grunde genommen ebensoviel Mißtrauensworte für die Militärverwaltung sind, zeigen das Maß der Unzufriedenheit, die sich im Volk und selbst bei seinen gemäßigten Vertretern im Reichstag über die Zustände im Heere aufgespeichert hat.

Und da will man der Sozialdemokratie einen Vorwurf daraus machen, daß sie sich weder durch Sommerhitze, noch durch Ferienbedürfnis, noch durch die Abneigung der bürgerlichen Abgeordneten gegen sachliche Auseinandersetzungen davon abschrecken lassen, Kritik zu üben, wo es nottut, und Forderungen aufzustellen, die von einem gewaltigen Volksteil erhoben und gutgeheißen werden? Wenn die „Deutsche Tageszeitung" damit recht hat, daß sich der Reichstag weder parlamentarisch noch politisch seiner Aufgabe bewußt sei, so trifft dieser Vorwurf doch nur die bürgerlichen Parteien, die nur noch als Abstimmungsmaschinerie fungieren wollen, nicht aber die Sozialdemokraten, die als einzige noch so etwas wie eine sachliche Beratung zu erzielen versuchen: die Wähler werden die Schimpfereien der Militaristen über die sozialdemokratische „Vielrednerei" richtig zu würdigen wissen. An den pflichtbewußten Abgeordneten lassen die pflichtvergessenen, nur nach dem Schluß zujagenden, ihren Aerger aus.

Bei der Beratung der Steuergesetze wird es voraussichtlich noch schlimmer kommen, zumal wenn es gelingt, die bürgerlichen Parteien auch bei diesem Anlaß zusammenzuhalten. Und dafür eröffnen sich von Tag zu Tag bessere Aussichten. Denn die Junker werden immer kleinlauter, zeigen sich immer mehr geneigt, das Ergebnis der umständlichen Verhandlungen hinter den Kulissen als das unter den gegebenen Umständen immer noch kleinste Uebel in Kauf zu nehmen. Von der Militärvorlage unterscheide sich die Deckungsvorlage allerdings dadurch, daß es hier nicht mehr bloß um allgemeine Interessen und um die Interessen des gemeinen Mannes im bunten Rock geht, sondern daß der Geldbeutel der Besitzenden, bekanntlich das empfindlichste Organ der bürgerlichen Presse, einer kleinen und möglichst schmerzlosen Operation unterzogen werden soll. Hier müssen die bürgerlichen Parteien damit rechnen, daß ihnen ihre Haft und Gleichgültigkeit von ihren eigenen Auftraggebern zum Vorwurf gemacht werden. Und man muß auch zugeben, daß ein Parlament, das in wenigen Tagen und ohne viel Ueberlegung über die Steuerdeckung von einmal einer Milliarde und 180 Millionen dauernder Ausgaben beschließt — in erster, zweiter und dritter Lesung, denn eine erste Lesung der einzelnen Vorlagen hat ja gar nicht stattgefunden — kein übermäßig erhabenes Bild bietet.

Die Reichstagsverhandlungen werden bald zu Ende sein. Aber zurückbleiben wird von ihnen ein Uebermaß von Ekel und Widerwillen, von Verärgerung und Unzufriedenheit. Die reaktionäre Presse, die für solche Stimmungen eine ziemlich feine Witterung hat, glaubt die im Unterbewußtsein breiter Massen gährenden Empfindungen gegen den Reichstag und besonders gegen die Sozialdemokratie ausnutzen zu können. Sie wird sich darin, wie bisher noch immer, täuschen. Das Ende der Reichstagsverhandlungen bedeutet einen neuen Anfang zur Radikalisierung der Massen!

Politische Rundschau.

Rüstringen, 23. Juni.

August Kaden †.

Sonnabend ist nach kurzem Krankenlager im Krankenhause zu Dresden der Genosse August Kaden in einem Alter von knapp 62 Jahren verschieden. Zu einer Lungenkrankheit, die ihn aufs Krankenbett warf, trat in letzter Zeit noch ein schweres Blasenleiden und Herzschwäche hinzu. August Kaden verkörperte in sich nicht nur eine lange Spanne des sächsischen Parteilebens und der Dresdener Parteitätigkeit, sondern auch von Anbeginn an ein bedeutsames Stück der allgemeinen deutschen Parteigeschichte. Wie er sehr bald nach der Gründung in ganz jungen Jahren dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein beitrat, so hat er bis zur Stunde immer in den ersten Reihen der proletarischen Kämpfe gestanden, und die deutsche Partei hat ihm seit 1890, seit ihrer Reorganisation nach dem Fall des Sozialistengesetzes, eins der höchsten Ehrenämter übertragen, die sie zu vergeben hat, die Mitgliedschaft in der Kontrollkommission und in ihr nach Heinrich Meisters Tode den Posten des Vorsitzenden.

Es war weniger ein besonders geistiges Ueberragen, weniger ein äußerliches Hervortreten, als ein außergewöhnlich hohes Maß von persönlicher Zuverlässigkeit, von tapferer, gerader Aufrichtigkeit und von einer seltenen charaktervollen Energie, das ihn an diese Stelle gebracht hat. Es war aber auch ein besonderes Maß von innerer Liebenswürdigkeit, von freundschaftlicher Verkehrsart, das ihm in jeder Korporation, in der er sich zeigte, eine erste Stelle und viele persönliche Freunde, Verehrer und nacheifernde Gefolgschaft sicherte. So werden wir ihn alle in der Erinnerung behalten; dabei aber uns auch heute voller wehmütiger Dankbarkeit seines kräftigen Humors erinnern, der ihm alle Menschen so schnell nahe brachte, und der selbst in den schwierigsten Situationen niemand vergessen ließ, daß hier, auch über alle Gegensätze hinweg, ein Mensch zu Menschen sprach. Dieser fein Charakter hat ihn in ganz besonderer Art zum Vorsitzenden der Kontrollkommission geeignet gemacht; er hat ihn erprobt und gestählt in einer fast 50-jährigen Partei- und Gewerkschaftstätigkeit, und Erfahrungen und Erlebnisse des eigenen Lebens und der Schicksale anderer haben ihn zu einem so besonderen Menschen geformt.

August Kaden wurde als das Kind armer Proletarier am 26. September 1860 in Großenhain geboren. Er besuchte vier Jahre lang in der Nähe die Dorfschule und dann die Bürgerschule in seinem Geburtsort. Darauf wurde er Zigarrenmacher und diesen Beruf hat er in wechselnden Stellungen als Arbeiter ausgeübt, bis er sich vor Jahrzehnten selbständig machte. Im Dezember 1865 trat er schon dem Allgemeinen Deutschen Zigarrenarbeiterverein bei, der unter Fritzsches Führung eben gegründet worden war. Mit 17 Jahren wanderte er durch die Schweiz, durch Baden und um dieselbe Zeit wurde er Mitglied des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins. Bald darauf kehrte er in seine Heimat Sachsen zurück und blieb von 1874 bis 1883 in Dresden, wo er sich dann selbständig machte. Er hat hier in dem Kampf zwischen den Eisenachern und den Lassalleanern voll treuer Liebe und mit starker Kraft an den Lassalleanern festgehalten. Aber er wurde ein ebenso glühender Vertreter der Vereinigungsidee und der geeinigten Partei, als die Zeit über den Einzelnen hinwegging und die feindlichen Brüder vereinte. Unter dem Sozialistengesetz kam auch für ihn die Zeit des wahrhaften Heldentums. Damals hat er nicht nur Partei und Gewerkschaft mit all seiner Festigkeit verteidigt und trotz aller Schikanen vorwärts zu bringen versucht, damals hat er auch persönlich geopfert, was nur immer die Not der Zeit erheischte. Diese seine Tätigkeit unter dem Sozialistengesetz war es insbesondere, die die sächsische Arbeiterschaft 1885 veranlaßte, ihn für Dresden-Neustadt in den Landtag zu schicken. Bis 1897 hat er die Interessen des sächsischen Proletariats hier vertreten. Als der infame sächsische Wahlrechtsraub dies weiterhin unmöglich machte, schickte ihn derselbe Kreis 1898 in den Reichstag, wo er seitdem bis heute den Kreis ununterbrochen vertrat. Es versteht sich, daß er nebenher in Dresden alle Vertrauensmänner in der Partei durchlaufen hat. Im besonderen hat er unserem Dresdener Parteiverlage nicht nur den Namen, sondern auch einen großen Teil seiner organisatorischen und geschäftlichen Kraft und Tüchtigkeit gegeben.

*

Die Beerdigung des verstorbenen Genossen Kaden ist auf Mittwoch den 25. Juni, in Prießnitz bei Dresden angesetzt.

Deutsches Reich.

Die Steuervorlagen. Die Budgetkommission des Reichstages setzte am Sonnabend zunächst die Beratung der Aenderung des Reichsstempelgesetzes fort. Von den gefaßten Beschlüssen sind die folgenden hervorzuheben: Beseitigung des Scheckstempels, des Stempels für Immobilien, Haftpflicht- und Unfallversicherung; die Stempelsteuer für Feuerversicherungspolicen wurde von 25 auf 15 Pf. pro 1000 Mk. herabgesetzt, die Steuer auf Lebensversicherungspolicen um 50 Prozent ermäßigt. Nach Beendigung der ersten Lesung des Reichsstempelgesetzes gab Schatzsekretär Kühn einen Ueberblick über den mutmaßlichen Ertrag der in erster Lesung beschlossenen Gesetze zur Deckung der laufenden Ausgaben für die Wehrvorlage. Die Vermögenszuwachssteuer wird jährlich 100 Millionen bringen, wovon im ersten Jahre ihrer Erhebung 10 Millionen, später 5 Millionen für die Bundesstaaten in Abzug gebracht werden müssen. Der dauernde Ertrag ist mit 90 Millionen zu berechnen. Die Beibehaltung der jetzigen Höhe der Zuckersteuer bringt jährlich 40 Millionen, die Aenderungen im Reichsstempelgesetz 45 Millionen, ohne das Erbrecht des Staates. 3 Millionen gehen davon durch die in der Sonnabendsitzung beschlossene Aufhebung des Scheckstempels ab. Die jährliche dauernde Ausgabe beträgt 185 Millionen, sodaß ein Ausfall von jährlich 13 Millionen zu verzeichnen ist. Dazu kommen noch bis zum 1. April 1915 jährlich 23 Millionen, die aus den Einnahmen des Stempelsteuergesetzes an die Bundesstaaten zu zahlen sind. In den nächsten drei Jahren wird außerdem, wegen des erst allmäblichen Eingangs der Steuern, noch ein Ausfall von 140 Millionen aufzubringen sein. Aus dem Etat von 1912 stehen zu diesem Zwecke 70 Millionen als Höchstsumme zur Verfügung. — Die Kommission trat hierauf in die zweite Lesung des Entwurfs über den Wehrbeitrag ein. Die Konservativen beantragen, die durch Kompromiß beschlossene Abgabe bei den größten Vermögen von 1,5 v. H. auf 1,25 v. H. heraufzusetzen. — Schatzsekretär Kühn trat für den konservativen Antrag ein. — Genosse David trat dem Schatzsekretär scharf entgegen, dessen Haltung geradezu unglaublich sei. Vorhin habe der Schatzsekretär dargelegt, ein wie hohes Defizit klafft, und da noch die großen Vermögen zu entlasten, sei unverantwortlich, zumal die wirtschaftliche Konjunktur sich verschlechtere, also die Einnahmen des Reichs zurückgehen werden. — Abg. Gröber wandte sich ebenfalls gegen den konservativen Antrag, ebenso Abg. Gothein. — Der Pole Graf Mielzinski trat für den konservativen Antrag ein, um zu verhindern, daß große Kapitalisten wegen des Wehrbeitrags

Landesbibliothek Oldenburg

auswandern. — Die Nationalliberalen erklärten sich für den konservativen Antrag, der dann gegen die konservativen und nationalliberalen Stimmen, sowie die Stimme des Zentrumsabgeordneten Herold abgelehnt wurde. — Eine längere Debatte zeitigte die Besteuerung der Aktiengesellschaften, die nach einem konservativen Antrag schärfer angefaßt werden sollen, während ein volksparteilicher Antrag Milderungen forderte. — Der konservative Antrag wurde gegen die Stimmen unserer Genossen angenommen und die Weiterberatung dann auf heute Montag vertagt.

Vorläufige Einigung in der Steuerfrage. Die Kompromißverhandlungen der Führer der einzelnen Reichstagsfraktionen in der Besitzsteuerfrage sind jetzt beendet und es ist für alle einzelnen Bestimmungen eine, wenn auch hie und da wechselnde Mehrheit vorhanden. Auch für die Gesamtabstimmung ist eine Mehrheit gesichert. Das Wesentlichste ist, daß die Einkommen beim Wehrbeitrag nicht mehr kapitalisiert werden sollen, sondern daß eine Reichseinkommensteuer erhoben wird, die bei einem Einkommen von 5000 Mark beginnt und von 1 bis 8 Prozent gestaffelt ist. Vor der Veranlagung werden vom Einkommen 5 Proz. des versteuerten Vermögens abgezogen. Die strittige Frage der Ertragsberechnung für Grundstücke wird aller Voraussicht nach durch einen Antrag Schiffer gelöst werden, wonach die städtischen und ländlichen Grundstücke gleichmäßig nach dem Ertragswert besteuert werden, der auf das 25fache des Reinertrages bzw. Miete und Pacht gerechnet wird. Es soll jedoch den Grundstücksbesitzern freistehen, den gemeinen Wert zugrunde zu legen, falls diese Berechnung für sie günstiger ist. Abzüge sind zulässig für die eigene Arbeit des Besitzers im Betriebe. Das gilt auch für die städtischen Grundstücke. Für die fortlaufenden Ausgaben bleibt die beschlossene Vermögenszuwachssteuer bestehen. Hinzu tritt die Herabsetzung der Entschädigung aus der bestehenden Erbschaftssteuer an die einzelnen Staaten auf die Hälfte des bisherigen Satzes. Der Scheckstempel fällt. Die Frage der Heranziehung der Toten Hand dürfte wegen der großen Schwierigkeiten, die sich bei der Erörterung daraus ergeben haben, ausgeschlossen bleiben. Zweifelhaft ist, ob der am Sonnabend in der Kommission aufgehobene Immobilienstempel in der zweiten Lesung wiederhergestellt wird. Die Konservativen stehen nach wie vor abseits. Bei der Schwierigkeit und Größe der Materie und bei der Schnelligkeit, mit der die vorläufige Einigung erzielt worden ist, ist es natürlich nicht ausgeschlossen, daß es noch zu irgendwelchen Zwischenfällen kommt. — Das „Berliner Tageblatt" bemerkt zu dem neuen Kompromiß: „Diese Abmachungen bedeuten an einzelnen Punkten eine weitere Verschlechterung des bisherigen Besitzsteuerkompromisses. Durch die neuen Steuersätze für die Heranziehung der reinen Einkommen zum einmaligen Wehrbeitrag werden die niedrigen Einkommen schlechter als bisher gestellt. Weshalb die „tote Hand" freigelassen werden soll, wäre nicht zu verstehen, wenn man nicht die Abneigung des Zentrums gegen eine auch nur einmalige Besteuerung des Kirchenvermögens genügend kennen gelernt hätte. Daß auch der Reichsstempel auf den Grundstückswechsel in doppelter Höhe beibehalten werden soll, macht die Reichsvermögenszuwachssteuer gleichfalls nicht schmackhafter. Auch will es uns scheinen, als stellten sich angesichts dieses Kompromisses die Versprechungen der Nationalliberalen, die Interessen von Gewerbe, Handel und Industrie besser zu wahren, als blauer Dunst heraus. Es dürfte deshalb auch weiterhin an Protesten gegen eine derartige Lösung der Steuerfrage, die etwas übereilt festgelegt zu sein scheint, nicht fehlen.

Verhandlungen in Marokko. Das „Echo de Paris" schreibt: Seit einiger Zeit sind Verhandlungen im Gange zwischen Frankreich und Spanien einerseits und Deutschland andererseits über die Regelung der Bergwerksverhältnisse in Marokko. Eine Kommission von drei Juristen, und zwar einem französischen, einem spanischen und einem deutschen wurde von ihren Regierungen beauftragt, die Rechte der Deutschen, die Grundbesitz in Marokko haben, zu prüfen.

Bevorstehende Nachwahl. Infolge des Todes unseres Genossen August Kaden muß im 4. sächsischen Reichstagswahlkreise eine Neuwahl vorgenommen werden. Unser verstorbener Genosse wurde hier bei der letzten Reichstagswahl mit 31 640 Stimmen gewählt. Der Kandidat der Reformpartei erhielt 13 893, der Fortschrittler 12 363, der Zentrumskandidat 319 Stimmen. Der Kreis ist als sicherer Besitz der Sozialdemokratie anzusehen.

Der Terrorismus der bayerischen Regierung. Die bayerische Regierung hat nunmehr die angekündigte Strangulierung des Süddeutschen Eisenbahnerverbandes vollzogen. Nicht auf einen Streich soll der renitente Verband zur Strecke gebracht werden, sondern durch ein langsames, aber sicheres Absterben will man ihn zu Tode bringen. Jede frische Blutszuführung wird abgeschnitten. Den neu zur Verkehrsverwaltung zugehenden Arbeitern und Angestellten wird amtlich untersagt, Mitglied des Verbandes des Süddeutschen Eisenbahn- und Postpersonals zu werden. Der Revers, der den zum Eisenbahn- und Postdienst neu Zugehenden zur Unterschrift vorgelegt wird, lautet:

„Im staatlichen und dienstlichen Interesse muß von dem Personal der Verkehrsverwaltung der unbedingte Verzicht auf gemeinsame Einstellung der Arbeit oder des Dienstes gefordert werden. Dem Personal ist strengstens untersagt, Vereinen anzugehören, deren Verhalten nicht die genügende Sicherheit dafür bietet, daß sie von dem Mittel einer solchen Einstellung der Arbeit oder des Dienstes im Bereiche der Verkehrsverwaltung keinen Gebrauch machen werden.

Ich bestätige, Kenntnis erhalten zu haben, daß zu diesen Vereinen zurzeit die freien Gewerkschaften der Metall- und Transportarbeiter sowie der Verband des Süddeutschen Eisenbahn- und Postpersonals gehört.

. . . . . Datum Unterschrift."

Dieser Revers ist bekanntlich schon vor einigen Wochen in der „Bayerischen Staatszeitung" angekündigt worden. Und das, trotzdem der „Süddeutsche" ausdrücklich erklärt hatte, daß er für die Staatsarbeiter „den Streik nicht als gesetzlich zulässiges Mittel" betrachte. Er hatte weiter erklärt, daß „wir uns nur auf gesetzlicher Grundlage bewegen". Das alles genügt den Schützern und Förderern des „christlichen" Verbandes nicht. Der „Bayerische Kurier", das Organ des Herrn v. Hertling, sucht den Revers zu rechtfertigen, indem er sagt, der „Süddeutsche Verband" habe zwar eine Menge Erklärungen erlassen, aber um den Kern der Frage sei er stets vorsichtig herumgegangen. Niemals habe er rückhaltslos ausgesprochen: „Wir verzichten auf das Streikrecht". Das ganze Vorgehen der bayerischen Zentrumsregierung kennzeichnet sich als ein Akt brutalsten Terrorismus zugunsten ihrer schwarzen Garde, des christlichen bayerischen Eisenbahnerverbandes. Der bayerische Eisenbahnminister Herr v. Seidlein weiß ebenso gut, wie sein preußischer Kollege es weiß, daß die deutschen Eisenbahner zunächst an einen Streik wirklich nicht denken, daß aber, falls der unaufhörliche behördliche Druck, verbunden mit zum Teil übermenschlich langer Arbeitszeit und den schlechten Lohnverhältnissen, einmal zu einer Explosion führen sollte, diese sich dann nicht aufhalten ließe an den Zwirnsfäden der Reserve und der gesetzlichen oder besser ungesetzlichen Streikverbote. Der Vorstand des Süddeutschen Eisenbahnerverbandes fordert, in seinem Organ die Eisenbahnarbeiter auf, die Reserve zu unterzeichnen. Alles weitere werde sich finden.

Ein Abtrünniger. Der Ex-Jesuit Graf Hoensbroech flüchtet sich in die „Post", um dort die Partei, zu der er sich rechnet, die Fortschrittliche Volkspartei, in der denkbar schärfsten Weise anzugreifen. Der Graf fühlt sich furchtbar verletzt dadurch, daß die Fortschrittliche Volkspartei bei den letzten preußischen Landtagswahlen mit der Sozialdemokratie zu einem Abkommen gelangt ist. Er führt in seiner Zuschrift, die die Form eines offenen Briefes hat, aus: „Die Sozialdemokratie ist vaterlandslos und antideutsch, unsere Partei soll sein und ist vaterländisch und deutsch. Brücken zwischen diesen beiden Polen gibt es nicht, so viele Berührungspunkte auf sozialpolitischem, politischem und kulturellem Gebiete die Programme beider Parteien auch haben. Aus „Taktik", aus „praktischer Politik" usw. unsere Parteikräfte der Sozialdemokratie zur Verfügung stellen und die sozialdemokratischen Parteikräfte für uns erbetteln, ist grundschlechte „Taktik", ist völlig verfehlte, überaus kurzsichtige „Politik". Obendrein ist ein solches Verhalten vom nationalen Standpunkte aus, den auch Sie als obersten Standpunkt einzunehmen haben, schmachvoll. Ferner sind derartige Bündnisse grundsatzlose Schacherpolitik, die alles opfert, um Mandate zu erlangen. Und endlich wird auch die Selbstachtung, ohne welche jede Partei zugrunde geht, dadurch preisgegeben, denn die Sozialdemokratie, der Sie unsere Partei anbieten, behandelt uns verächtlich." — Man darf annehmen, daß der Graf Hoensbroech damit seinen Bruch mit der Fortschrittlichen Volkspartei vollzogen hat und einen Unterschlupf bei den Freikonservativen suchen und wohl auch finden wird. Es hat den Anschein, als ob sein Weg ihn allmählich wieder dahin zurückführt, woher er gekommen ist, in die Reihen der Jesuiten. Der Liberalismus hat einst große Hoffnungen auf den Grafen Hoensbroech gesetzt, er stellte ihn sogar in Reichenbach im Vogtland als Reichstagskandidaten auf und muß nun eine solche Enttäuschung erleben. Der Liberalismus wird an dem Grafen Hoensbroech nichts verlieren und den Reaktionären kann man diesen Gewinn von Herzen gönnen.

Vom Kampf gegen die Arbeiterturnvereine. In Tilsit hat der Arbeiterturnverein wiederholt Eingaben an die Stadtverwaltung gerichtet, in denen ersucht wird, dem Verein eine städtische Turnhalle zur Verfügung zu stellen, damit die Mitglieder die überaus nützlichen körperlichen Uebungen vornehmen können. Die Gesuche sind aber von der „freisinnigen" Stadtverwaltung glatt abgelehnt worden, und auf die letzte Eingabe erhielt der Verein von der städtischen Polizeiverwaltung folgenden überaus bezeichnenden Bescheid:

„Der Arbeiterturnverein „Freie Turnerschaft" gehört dem Arbeiterturnerbunde Deutschlands an, der eine politische Organisation innerhalb der sozialdemokratischen Partei ist. Demnach ist auch der Arbeiterturnverein „Freie Turnerschaft" ein politischer Verein. Es ergibt sich übrigens auch daraus, daß er seine Turnübungen im Westendgarten abhält, in dem die freien Gewerkschaften und sozialdemokratischen Vereine zu verkehren pflegen. In dem Lokal sind unter anderem die Büsten von Bebel und Liebknecht aufgestellt.

Auch haben die freien Gewerkschaften den Verein mit Geldmitteln unterstützt und bisher seine Feste besucht. Wir machen daher darauf aufmerksam, daß dem Arbeiterturnverein „Freie Turnerschaft" als politischen Verein nach § 17 des Reichsvereinsgesetzes vom 19. April 1908 Personen, die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, als Mitglieder nicht beitreten dürfen.

Zugleich ersuchen wir gemäß § 3 des Reichsvereinsgesetzes den Vorstand, uns binnen zwei Wochen die Satzung sowie das Verzeichnis der Mitglieder des Vorstandes einzureichen. Ebenso ist uns jede Aenderung der Satzung sowie jede Aenderung in der Zusammensetzung des Vorstandes binnen einer Frist von zwei Wochen nach Eintritt der Aenderung anzuzeigen. J. V.: Quentin."

Der Turnverein will gar nicht im Parteilokale Uebungen abhalten. Er bemüht sich, dafür eine städtische Turnhalle zu bekommen. Seine dahingehenden Anträge werden hartnäckig abgelehnt, und da er nun gezwungen ist, das Parteilokal zu benutzen, wird ihm daraus ein Strick gedreht, um seine Auflösung durchzusetzen. So geht eine Polizeiverwaltung, die in den Händen einer „freisinnigen" Verwaltung ist, gegen die Arbeiterturner vor.

Oesterreich-Ungarn.

Das Geständnis der russischen Spionin. In Petrikau ist in diesen Tagen die russische Studentin Anna Radziewiax gestorben, die kurz vor ihrem Tode das Geständnis gemacht hat, daß sie sich bisher im Dienste der russischen Spionageagentur betätigt habe, und zwar vornehmlich in Oesterreich. Schon seitdem sie ihre ersten Liebschaften mit Offizieren hätte, also vor ungefähr sieben Jahren, sei sie Spionin geworden. In Wien sei sie dann mit dem Obersten Redl bekannt geworden und mit ihm in intime Beziehungen getreten. Sie sei aber von dem Obersten verlassen worden, und er habe ihre Briefe nicht mehr beantwortet. Da habe sie beschlossen, mit dem Treulosen Abrechnung zu halten. Sie habe in Wien einen Brief zur Post gegeben mit der Aufschrift: „An Seine Exzellenz den Kriegsminister! — Streng vertraulich!" In diesem Briefe habe sie alles das, was sie von dem verräterischen Treiben des Prager Obersten wußte, niedergelegt. Es sei ihr eine Genugtuung, daß sie noch den Erfolg ihres Briefes erleben dürfe.

In Wiener unterrichteten Kreisen, die der Untersuchungskommission nahestehen, wird dem Korrespondenten der „Post" auf Anfrage erklärt, daß die Erzählung der sterbenden russischen Studentin in Petrikau auf Wahrheit beruht.

Ungarische Gewaltmaßnahmen. Aus Budapest wird gemeldet: Der Minister des Innern hat den Gemeinderat von Fiume aufgelöst, weil dessen Beschlüsse die Interessen des Staates verletzen. Der Gemeinderat hatte gegen die Einführung der staatlichen Grenzpolizei protestiert, er hatte ferner die polizeiliche Ausweisung eines Agitators aufgehoben und gegen den Polizeidirektor wegen dieser Ausweisung eine Disziplinaruntersuchung verhängt. Die Neuwahlen für den aufgelösten Gemeinderat sollen innerhalb vier Wochen stattfinden.

Holland.

Weiteres zum Wahlresultat. Aus Amsterdam wird noch geschrieben: Die Sozialdemokratie hat bei den Wahlen zur Zweiten Kammer im ganzen 144 375 Stimmen aufgebracht und damit ihre 82 000 vom Jahre 1909 um mehr als 62 000 überholt. Bringt man sich ins Gedächtnis, daß wir im Jahre 1897 zum ersten Male nach der Ausdehnung des Wahlrechtes an den Wahlen teilnehmen konnten und damals nur 13 000 Stimmen mußterten, daß diese Zahl 1901 auf 39 000, 1905 auf 65 000, 1909 auf 82 500 stieg, dann erst erfaßt man die ganze Bedeutung des jetzigen Sprunges auf 144 000. Dabei vergesse man nicht, daß in Holland das Wahlrecht noch bei weitem nicht allgemein ist, sondern den 950 000 Wählern noch immer 450 000 großjährige Nichtwähler gegenüberstehen. Da kann ganz ruhig gesagt werden, daß Holland sich mit diesen Wahlen den Ländern mit hoher sozialistischer Prozentzahl angeschlossen hat.

Was die weitere Bedeutung des Tages für unsere Partei anbetrifft, so hat sie jetzt zum ersten Male einen Wahlkreis in der Hauptwahl erobert (den dritten Amsterdamer Kreis, wo Genosse Troelstra gewählt ist), während wir in 21 Kreisen in der Stichwahl stehen (1909 in elf). Von diesen 21 Stichwahlen sind 11 mit Klerikalen und 10 mit Liberalen auszukämpfen. Im Jahre 1909 waren von unseren 11 Stichwahlen 7 mit Klerikalen und 4 mit Liberalen; damals eroberten wir in der Stichwahl 7 Kreise, und zwar 5 gegen Klerikale und 2 gegen Liberale. Auch jetzt sind uns viele Kreise in der Stichwahl vollkommen gewiß. Von der gegnerischen Presse werden uns als Mindestzahl schon 11, als Maximum 18 Mandate zugerechnet; vermutlich wird die Wahrheit in der Mitte liegen. Am Mittwoch der nächsten Woche wird es sich entscheiden.

Die Signatur der Wahl ist übrigens eine zerschmetternde Niederlage für die bisherige klerikale Mehrheit. Von ihren 59 Mandaten behauptete sie nur 42, und ihre eigene Presse hat keine Hoffnung, daß sie es auf mehr als 46 Mandate bringen wird, wobei dann noch zwei dissidente Klerikale einbegriffen sind, die zum Beispiel die Zolltarifvorlage der heutigen klerikalen Regierung bekämpfen. Das Abdanken des Kabinetts ist denn auch schon sicher. Der Angriff auf den Freihandel ist abgeschlagen. Das allgemeine Wahlrecht, das auch die liberalen Parteien auf ihr Programm übernommen hatten, hat einen großen Sieg erstanden und wird in der neuen Kammer so gut als gewiß die Zweidrittelmehrheit, zur Verfassungsrevision notwendig, finden. Auch ist das im letzten Moment von der klerikalen Mehrheit zustande gebrachte Altersversicherungsgesetz von den Wählern verurteilt; das neue Kabinett wird es außer Wirkung lassen müssen und statt dessen die unentgeltliche, prämienfreie Staatspensionierung einzuführen haben. Möchten eventuell die Liberalen in einer dieser Hinsichten ihrem Programm zuwider handeln, so würde ihnen unsererseits die schärfste Bekämpfung bevorstehen.

Der Vollständigkeit wegen erwähnen wir auch noch die Stimmenzahl der Partei der ausgeschiedenen Linksmarxisten. Sie erhielt in den 18 Kreisen, in denen sie kandidierte, 1345 Stimmen.

Begründete Eile. Die Erste Kammer behandelte Sonnabend die Küstenverteidigungsvorlage. Der liberale Antrag, bei den jetzigen politischen Verhältnissen, bei dem bevorstehenden Sturz des Ministeriums als Ergebnis der eben beendeten Wahlen zur Zweiten Kammer, den Antrag von der Tagesordnung abzusetzen und die Lösung der Frage der kommenden (liberalen) Regierung zu überlassen, wurde abgelehnt, und die Vorlage mit 21 Stimmen der Rechten gegen 9 Stimmen der Linken angenommen.

China.

Frauenstimmrechtsbewegung in China. Nach einer Korrespondenz aus dem Osten wird ein chinesischer Frauenstimmrechtskongreß vorbereitet. Neben dem Hauptthema, der politischen Gleichberechtigung der Frauen, werden die Abschaffung der Vielweiberei, der Sklaverei und der Prostitution gefordert und diskutiert werden. Man plant die Konstituierung eines Nationalbundes der Frauenstimmrechtlerinnen Chinas mit Unterabteilungen für Finanzwesen, Erziehung, Verkehr usw. und mit Zweigvereinen in allen größeren Städten des Reiches.

Politische Notizen. Der Nassauische Städtetag, der am 20. und 21. Juni in Langenschwalbach tagte, beschloß, an die preußische Regierung das Ersuchen zu richten, im Bundesrat für die Aufhebung des Reichsgesetzes betreffend **Wertzuwachssteuer** auf Grundbesitz zu wirken. Die Steuer soll wieder den Städten zurückgegeben werden. — Eine Kommission der in Brüssel tagenden Internationalen **Aeronautischen Vereinigung** bereitete ein internationales Gesetz zur Regelung des Luftverkehrs vor, dessen Entwurf jetzt den zehn auf der Konferenz vertretenen Staaten zur Genehmigung zugehen soll. — Von den aufständischen **marokka-**

Landesbibliothek Oldenburg

nischen Stämmen, die mit Todesverachtung gegen die Spanier vorgehen, wird Tanger schwer bedroht. — Nach Meldungen aus Culebra ist der Durchstich des **Panamakanals** beendet. Am 18. Juni trafen die mächtigen Schaufelmaschinen zusammen. Tausende von Arbeitern wohnten dem Ereignis bei.

Lokales.

Rüstringen, 23. Juni.

Konfessionsloser Moralunterricht.

Ein interessanter Prozeß hat, wie die „Christliche Freiheit" berichtet, in München stattgefunden. Der bekannte Nietzschejünger und Philosoph Horneffer hatte ein ultramontanes Blatt wegen Beleidigung verklagt, weil dieses ihm vorgeworfen hatte, daß der von Horneffer erteilte konfessionslose Moralunterricht die Jugend geistig und religiös zu Grunde richte. Das Urteil fiel zu ungunsten der beklagten Zeitung aus, deren Redakteur zu einer Geldstrafe von 100 Mark und zur Tragung sämtlicher Kosten verurteilt wurde. Dieser für Horneffer so günstige Ausgang des Prozesses wurde hauptsächlich durch die Aussagen des als Zeugen vernommenen Sachverständigen herbeigeführt. Der Rektor des Maximilian-Gymnasiums bestätigte, daß die Schüler, die den Unterricht Horneffers besuchen, durchweg brave und wackere Schüler seien, die den anderen in keiner Hinsicht nachstehen. Der Universitätsprofessor der Pädagogik sprach sich zu der Frage, ob es wünschenswert sei, daß der freireligiöse Unterricht allgemein eingeführt würde anStelle des bisherigen Religionsunterrichts, dahin aus, daß er gewiß keinen Schaden darin sehen würde, wenn dieser Unterricht neben dem Religionsunterricht eingeführt würde. Vorausgesetzt, daß der Vorbehalt bleibe, daß jede Konfession ihren Religionsunterricht außerdem regeln könne, so würde er einen konfessionslosen Moralunterricht für etwas vom staatlichen Standpunkte aus recht Nützliches, vielleicht sogar Wünschenswertes halten. Und Stadtschulrat Dr. Kerschensteiner gab sein Gutachten dahin ab, daß der freireligiöse Moralunterricht eine Notwendigkeit für alle Kinder freireligiöser Eltern sei.

Diese Notwendigkeit auch in Oldenburg zur Anerkennung zu bringen, waren die sozialdemokratischen Abgeordneten im Oldenburger Landtag bei der Beratung bemüht. Verständnis oder gar Unterstützung fanden sie dabei freilich nicht, weder bei den Liberalen noch bei der Regierung. Bei der Regierung nicht einmal, obschon man den Minister für Kirchen und Schulen als Nietzschejünger — als Philosoph freilich nicht — ansprechen kann. Er wollte nicht mit den Liberalen und Sozialdemokraten das Schulgesetz machen, sondern mit den Ultramontanen. Ein Teil der Liberalen, der ausschlaggebend war bei dem Zustandekommen des Gesetzes, hat die Verweigerung der Rechtsgleichheit gegen die konfessionslosen Eltern geschluckt, um etwas Fortschrittliches zustande zu bringen. Das Etwas bestand allerdings in einem nicht ganz unwichtigen Punkte, nämlich die Schule zur Gemeindeanstalt zu machen, in weiter aber auch nichts.

* * *

Sein Amt niedergelegt hat das Schulvorstandsmitglied Lagerhalter Becker. Im Schulvorstand und in den Kreisen, die ihn in das Amt gewählt haben, wird der Rücktritt sehr bedauert, denn Becker hat mit lobenswertem Eifer und mit Verständnis seine Zeit und sein Können der Volksschulverwaltung gewidmet. Die Begründung, die Becker gab, ließ eine Ablehnung seines Rücktrittsgesuches nicht zu. Er begründete das Gesuch damit, daß er seine ganze Aufmerksamkeit und Zeit seiner Stellung als Lagerhalter des Konsumvereins widmen müsse. Man kann es nach den jüngsten Vorgängen im Konsumverein wohl verstehen, daß Becker keine Lust hat, wegen eines vielleicht geringfügigen Versehens in der Geschäftsführung die Stellung und den ehrlichen Namen zu verlieren. Wie man hört, steht die Verwaltung des Konsumvereins auf dem unmöglichen Standpunkt, die Lagerhalter für das geringste vorgekommene Versehen rücksichtslos zu bestrafen, auch mit Entlassung. Das scheint auch der Fall Tjarks zu bestätigen. Denn obschon das Kaufmannsgericht diesen von den gegen ihn erhobenen Anklagen gerechtfertigt und die Verwaltung des Konsumvereins verurteilt hat, ist Tjarks bis heute noch nicht wieder eingestellt worden. Der Fall Tjarks wie die Stellungnahme der Verwaltung gegen die Lagerhalter insgesamt hat natürlich einen scharfen Gegensatz erzeugt zwischen den Lagerhaltern und der Verwaltung des Konsumvereins, den zu beseitigen, sich die Organe des Handlungsgehilfenverbandes bis jetzt vergeblich bemühen.

Zum hiesigen Klempnerstreik. Uns wird mitgeteilt: Die Klempner und Installateurgehilfen stehen noch immer im Kampfe mit den hiesigen Unternehmern zum Anerkennung einer Lohnverbesserung. Der Werftklempner Peter Heuer indes hält es mit seiner Arbeiterehre vereinbar, am Sonntag und nach Feierabend bei dem Klempnermeister Müller in der Wilhelmshavener Straße Arbeitswilligendienste zu verrichten. Hoffentlich veranlassen ihn diese Zeilen, von seinem verwerflichen Tun fernerhin Abstand zu nehmen.

Der biochemische Verein Heppens hielt am letzten Dienstag seine Monatsversammlung im Vereinslokal ab. Aufgenommen wurden fünf neue Mitglieder. Beschlossen wurde u. a. das diesjährige Sommerfest am Sonntag den 27. Juli, nachmittags 3½ Uhr, im „Seemannshause" zu veranstalten. Ueber den im August d. J. stattfindenden Verbandstag und über den Anschluß an den Schüßlerbund entspann sich eine rege Aussprache. Nach Bekanntgabe einiger Heilerfolge wurde die Versammlung um 11¼ Uhr geschlossen. — Am 15. Juli findet eine Generalversammlung statt, wozu zahlreiches Erscheinen der Mitglieder erforderlich ist.

Ueberfall und Raub. Eine unerhörte Schandtat verübten gestern ein Mariner und ein Zivilist in heruntergekommenem Aeußern auf dem Marktplatz in betrunkenem Zustande. Als sich beide in der dort aufgestellten Bedürfnisanstalt befanden, griffen sie einen gutgekleideten Zivilisten, der die Anstalt auch benutzen wollte, tätlich an und warfen ihn zu Boden und schlugen ihn. Dabei nahmen sie ihm das Portemonnaie aus der Tasche. Da der Beraubte sein Eigentum zurückverlangte und die beiden Unholde auf dem Marktplatz verfolgte, wandten sie sich noch einmal gegen ihn. Der Mariner schlug ihm ins Gesicht und der Zivilist schlug ihm mit einem Stock über den Kopf, daß er betäubt niedersank. Nun drangen eine Anzahl Passanten, welche die Szene beobachtet, auf die Räuber ein und verfolgten sie, da diese die Flucht ergriffen. Von den Verfolgern wurden zwei des Weges kommende Unteroffiziere veranlaßt, die Flüchtlinge anzuhalten und die Person des Soldaten festzustellen. Diesem wurde, da er sich weigerte, wahrheitsgetreue Angaben zu machen, die Mütze abgenommen. Dann erhielten sie von den wütenden Verfolgern eine Tracht Prügel. Unbegreiflicher Weise ließ man die Rowdies laufen, anstatt sie der Gendarmerie zu übergeben. Doch ist anzunehmen, daß sie gestern noch festgenommen worden sind und die Schandtat ihre Sühne erhält. — Die Uebeltäter sind, wie wir nachträglich erfahren, verhaftet worden. Der Zivilist von der Gendarmerie, der Matrose von der Militärpatrouille, die in der Grenzstraße ihr Wachtlokal hat.

Mehrere Diebstähle sind in den letzten Nächten wieder vorgekommen. Auf dem Gelände des Licht- und Luftbades wurde eine Gartenbude aufgebrochen und aus derselben mehrere Leinen und Gerätschaften entwendet. — Einem jungen Mann, der sich am Metzerweg auf eine Treppe gesetzt hatte und eingeschlafen war, wurde seine Uhr abgenommen. — Bei den Unteroffizierswohngebäuden wurden zwei Ställe aufgebrochen. Aus dem einen wurden ein Hahn und mehrere Hühner, Italiener, rebhuhnfarbige Ramsloher und bunte Landhühner gestohlen. Aus dem anderen Stall wurden vier Kaninchen, davon zwei sogenannte Hasenkaninchen und zwei Mastkaninchen gestohlen. Eines der Kaninchen hatte tags zuvor Junge geworfen, die nun natürlich alle eingegangen sind.

Ein ehrlicher Finder. Eine arme Frau verlor dieser Tage ein Portemonnaie mit 31 Mark Inhalt. Ein Schulknabe fand es und stellte es der Frau wie zu.

Wilhelmshaven, 23. Juni.

Straßenbahnerweiterung. Die Betriebsdirektion macht bekannt, daß morgen, Dienstag, den 24. Juni, der Betrieb auf der Strecke: Oldenburger Straße—Strandhalle aufgenommen wird. Der Betrieb ist ein Pendelbetrieb, d. h. es fahren auf dieser Strecke ganz bestimmte Wagen hin und her, die nicht auf das übrige Straßenbahnnetz überführt werden. Bezüglich des Fahrplans sei auf die Bekanntmachung der Straßenbahn hingewiesen.

Straßenbahnkontrolleure — Polizeibeamte. Der hiesige Hilfsbeamte des Landrats von Wittmund macht auf Grund des Kleinbahngesetzes bekannt, daß dem Straßenbahnkontrolleur Wedekämper, wohnhaft in Wilhelmshaven, die Rechte und Pflichten eines Polizeiexekutivbeamten für den Bereich der bahnpolizeilichen Geschäfte der Straßenbahn im hiesigen Bezirk übertragen worden ist.

Von der Marine. Die Unterseebootsabteilung in Kiel-Wiek sucht Dreijährig-Freiwillige für den Maschinistenanwärter- und Heizerdienst. Die Eintrittstermine sind 1. Juli, 15. August und 1. Oktober. Als Aufnahmebedingungen werden gestellt: Eine mindestens dreijährige Lehrzeit in einem technischen Beruf, kräftiger Körperbau, Mindestalter 17 Jahre. Die besonderen Bedingungen können jederzeit von der Unterseebootsabteilung eingefordert werden. Dem Eintrittsgesuch sind folgende Papiere beizufügen: 1. ein vom Zivilvorsitzenden des Aushebungsbezirkes der Ersatzkommission ausgestellter Meldeschein zum freiwilligen Diensteintritt, auf 3 Jahre lautend; 2. die etwaigen Lehr- und Arbeitszeugnisse.

Das Wrack des Torpedobootes S 178 gehoben. Wie gemeldet wird, ist es gelungen, auch das Vorderteil des verunglückten Torpedobootes S 178 zu heben. Es sollte schon in der Nacht von Sonnabend auf Sonntag hier eintreffen. Die Ankunft hat aber eine Verzögerung erfahren, da unterwegs eine Trosse gebrochen ist, an der das Wrack befestigt worden war. — Wie uns nachträglich mitgeteilt wird, liegt das Wrack noch bei Helgoland. Nicht die Schlepptrosse, sondern die Hebetrosse ist gerissen. Es wird also noch längere Zeit dauern, bis es geborgen im Hafen liegt.

Ein Sargschwindel. Ein unglaublich klingender Vorfall wird uns von zuverlässiger Seite gemeldet. Danach sind die der Marine gelieferten Särge für den Transport der angeschwemmten Leichen von dem Unglücksboot S 178 anstatt mit einem Zinkblecheinsatz mit einem Einsatz von Pappe versehen gewesen. Das Zinkblech war täuschend durch Farbe nachgeahmt und um die Täuschung vollständig zu machen, war an der Kante eine Zinkblechleiste mit der Pappe verbunden. Der Betrug wurde noch rechtzeitig entdeckt und seine Vollendung vereitelt. Auf der Werft sind dann schnell wirkliche Zinkeinlagen hergestellt worden. Eine Bestätigung und nähere Darstellung des Schwindels, insbesondere wie der Gemütsmensch von Händler heißt, der die Särge geliefert hat, wäre im allgemeinen Interesse erwünscht.

Auf das öffentliche Schaukochen, welches die Gaswerke morgen nachmittag von 5 bis 7 Uhr im Laden Roonstraße 92 veranstalten, machen wir noch einmal aufmerksam.

Oldenburg. Ein Beamtengesetz in Sicht. Den „Nachr. f. St. u. L." wird geschrieben: Eine Vorlage über ein neues Beamtengesetz wird, wie jetzt bestimmt berichtet wird, im nächsten Herbst dem Landtag zugehen. In der Beamtenschaft ist man bereits eifrig am Werk, sich mit der Materie zu befassen. Man hofft bestimmt, daß Regierung und Landtag geneigt sein werden, den hauptsächlichsten Wünschen der Beamten entgegenzukommen. Diese erstrecken sich besonders auf die Einführung von Beamten- und Staatsarbeiterausschüssen, Aufhebung der Geheimhaltung der Personalakten und der geheimen Führungsberichte, Schaffung der Möglichkeit, bei zwangsweise erfolgender Zurdispositionsstellung, Pensionierung oder bei Verhängung von Disziplinarstrafen die Entscheidung der ordentlichen Gerichte anzurufen, auf die Schaffung eines gesetzlichen Anspruches auf Urlaub und Zulagen, Herabminderung der Wartezeit für die unwiderrufliche Anstellung bei den mittleren und unteren Beamten usw. Die Erfüllung all dieser Wünsche nimmt eine finanzielle Aufwendung nicht, oder doch so gut wie nicht in Anspruch. Umsomehr glaubt man in der Beamtenschaft zu der Annahme berechtigt sein zu dürfen, daß die Regierung diesen Wünschen nach Möglichkeit stattgebe.

— Die Gartenhecken müssen bis zum 1. Juli geschoren werden laut Bekanntmachung des Stadtmagistrats.

— Evangelisches Oberschulkollegium. Die Hauptlehrerstelle an der neuen Schule zu Augustfehn 3, Gemeinde Apen, ist zu besetzen. Bewerbungen sind bis zum 1. Juli d. J. einzureichen.

Aus aller Welt.

Barbarische Militärjustiz. Zu einem Jahre und drei Monaten Gefängnis hatte das Kriegsgericht in Breslau den Grenadier Karl Mafur vom Regiment 11 verurteilt wegen tätlichen Angriffs auf eine militärische Wache. Er hatte angetrunken einem Korridorposten einen Schlag mit der geballten Faust ins Gesicht gegeben, weil der Posten zur Nacht gemäß seiner Instruktion Mannschaften, die in die Retirade gehen wollten, zurückgewiesen hatte, da sie nicht vorschriftsmäßig angezogen waren. Die Berufung von M. verwarf jetzt das Oberkriegsgericht, weil ein Posten für einen Soldaten eine geheiligte Person sein müsse, rechnete aber zwei Monate Untersuchungshaft an.

Fünf Jahre Zuchthaus als „Mindeststrafe" verhängte das Kriegsgericht der 16. Division in Trier gegen einen Musketier vom 69. Infanterie-Regiment. Der Angeklagte, der bereits im Jahre 1903 als Unsicherer eingestellt wurde, war von Beruf Korbmacher und ist vor seiner Militärzeit ständig im Lande herumgereist; er ist also, wie der Vertreter des Angeklagten ausführte, sozusagen auf der Landstraße groß geworden, ohne irgendwelche Erziehung zu genießen. Es war daher auch nicht verwunderlich, daß ihm das Soldatenleben nicht behagte. Zweimal hat er bereits 8 Monate Gefängnis und 1 Jahr 5 Monate Gefängnis wegen Fahnenflucht verbüßt; ein drittes Mal bekam er wegen unerlaubter Entfernung 14 Tage strengen Arrest. Und nun muß er fünf lange Jahre ins Zuchthaus.

Neueste Nachrichten.

Freiburg (Breisgau), 23. Juni. Der hier zurzeit tagende sozialdemokratische Landesparteitag hat gestern das mit den Nationalliberalen und den Fortschrittlern abgeschlossene Großblockabkommen einstimmig gebilligt. (Wir kommen noch auf die Tagung zurück. D. Red.)

Brüssel, 23. Juni. Eine Gebirgseisenbahn stürzte ab, wobei 17 Insassen verletzt wurden. Darunter einige schwer.

Montpellier, 23. Juni. Das Kriegsgericht hat von dreizehn Soldaten, die an der Demonstration in Radez teilgenommen haben, zwei zu fünf Jahren Zwangsarbeit und die anderen zu vier Monaten bis zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt.

Barcelona (Spanien), 23. Juni. Gelegentlich der Protestversammlungen gegen den marokkanischen Krieg kam es gestern zu Zusammenstößen, wobei 30 Personen verletzt wurden.

Konstantinopel, 23. Juni. Nach an den Minister des Innern aus Basra gelangten offiziellen Telegrammen feuerten vorgestern vier Personen auf den Divisionskommandanten von Basra Oberst Berid, den Gouverneur Munefik, den Kommandanten der Gendarmerie sowie andere Offiziere und Gendarmen Revolverschüsse ab. Berid wurde getötet, der Gouverneur und ein Gendarm verletzt.

Wetterbericht für den 24. Juni.

Kühler, meist wolkig, etwas lebhaftere westliche Winde, verbreitete Regenfälle.

Verantwortlicher Redakteur: Josef Klische. — Verlag von Paul Hug, Rotationsdruck von Paul Hug u. Co. in Rüstringen.

Hierzu eine Beilage.

Landesbibliothek Oldenburg

Von Dienstag den 24. bis Sonnabend den 28. Juni inkl.

Kinder-Tage

bei

MARGONINER.

Wir bringen während dieser Tage sämtliche Artikel für die liebe Jugend zu bedeutend ermässigten Preisen zum Verkauf. Ausserdem erhält jedes Kind in Begleitung Erwachsener **1 Drachen** oder **1 Mühle** oder **1 Kino** oder **1 Bilderbuch** **gratis.**

Einige ganz besonders vorteilhafte **Artikel.**

Ein Posten Kinderstrümpfe schwarz, in Grössen 3—10 durchweg Paar . . . . . **30 ₰**

Ein Posten Kinderstrümpfe hell geringelt, in Grössen 5-8 durchweg Paar . . . . . **30 ₰**

Grosser Posten Russenkittel Länge 44-55, in Serien eingeteilt

Serie I	II	III	IV	V	VI
50	75	95	125	150	200 ₰

Ein Posten Knaben-Kittel weiss oder marine Cheviot, reine Wolle, Länge 45-60 durchweg Stück **4.95**

Kinderschürzen couleurt, Länge 45-90 cm, verschiedene Fassons u. Stoffe, **zum Aussuchen!**

Serie I	II	III	IV	V
75	95	125	165	195 ₰

Grosser Posten **Kinderstrümpfe** schwarz, Ia Qualität

Grösse 1 und 2	3 und 4	5 und 6
Paar 30	40	50 ₰
7 und 8	9 und 10	
60	70 ₰	

Großer Polten Marinekleider gestreift Kattun u. weiss u. gestreifter Satin, Länge 50-100

Serie I	II	III	VI	V
4.00	5.00	6.00	7.00	8.00

Grosser Posten **Mützchen, Hütchen und Käppchen** bisheriger Preis 5.00 Mark

Stück **45 75 95 125 200 300 ₰**

Ein Posten Matrosen-Kragen, Stickerei-Kragen und Garnituren — weiss, marine, rot, blau —

Stück . . . . . **48 75 95 ₰**

Ein Posten Kinderstrümpfe reine Wolle, dunkel, geringelt Ia Qualität Gr. 5—10 Paar **95**, Gr. 1 u. 2 Paar **50 ₰**

Ein Posten Kindersöckchen (als Restposten) Gr. 5—8 durchweg Paar **25 ₰**

Gr. Posten Kinderkleidchen Länge 45—60, in Serien eingeteilt,

Serie	I	II	III	IV
	0.95	1.50	2.00	3.00

Restposten Knabenkittel gestreift Kattun und Satin Serie II **3.00**, Serie I . . **2.00**

Kinderschürzen schwarz, Länge 45—75 cm., hübsche Fassons, weit gearbeitet, durchweg Stück . . . . . **95 ₰**

Ein Posten **Knaben-Sport-Blusen** aus Ia Zephyr, Grösse 3—10 zum Aussuchen Stück 2.50 und **2.00**

600 Paar Kinder-Söckchen mit Wollrand, Ia Qualität blau, bleu, braun . . . . . Grösse 1-4 **45 ₰** Grösse 5-8 **60 ₰**

Knaben-Schürzen in versch. Ausf., reizende Neuheit Stück . . . **48 68 78 95 ₰**

200 Knaben-Sweater marine, bleu und rot, Ia Qualität, Länge 35 bis 50, halsfrei, durchweg Stück . . . . . **75 ₰**

Zirka **3000** **Kinder-Beinkleider** **Mädchen-Hemden** **Knaben-Hemden** ∴ bedeutend unter Preis

	35	40	45	50	55	60	65	70	75	80	85	90	95	100cm
Mädchen-Hemden, Hemdentuch mit Stickerei oder Spitze, Brust- und Achselschluss	—	40	45	50	55	60	65	70	75	80	85	90	100	110 ₰
Mädchen-Hemden, pa. Hemdent., Herzp. m. Lang.	—	50	55	60	65	70	80	90	100	110	120	130	140	150 ₰
Mädchen-Hemden, Madapolam. Reformschn. m Lang.	50	55	60	70	80	90	100	110	120	130	140	150	160	170 ₰
Mädchen-Hemden, pa. Hemdent., mit Hohlsaumlang.	—	60	70	80	90	100	110	120	130	140	150	160	170	— ₰
Knaben-Hemden, solides Hemdentuch	—	40	45	50	55	60	65	70	85	100	115	130	145	160 ₰
Knaben-Hemden, prima Hemdentuch, halsfrei . .	—	45	50	55	60	70	80	95	110	125	—	—	—	— ₰
Knaben-Hemden, prima Hemdentuch, halsfrei . .	—	55	60	65	75	85	95	110	125	150	—	—	—	— ₰
Kinder-Beinkleider, geschlossen mit Stickerei .	65	70	75	85	95	110	125	140	150	—	—	—	—	— ₰
Kinder-Kniebeinkleider, Madapolam m. Stickerei	95	100	110	120	130	140	155	170	—	—	—	—	—	— ₰

Knaben-Waschblusen **Knaben-Sporthemden** **Kieler Blusen** **Knaben-Sportgürtel**

Kinder-Korsets **Kinder-Leibchen** **Kinder-Röckchen** **Kinder-Jäckchen**

Kinder-Taschentücher **Kinder-Schulröcke** **Kinder-Höschen** **Kinder-Kostüme**

Wagendecken **Wagenkissen** **Lätzchen** **Kragen**

sowie sämtliche **Erstlings-Wäsche** zu **Extra-Preisen.**

Spielwaren für die lieben Kleinen.

Sandsieb mit Schaufel			**10 ₰**	Giesskannen, ff. dekoriert .	28	18	**12 ₰**
Blechschaufel		8	**7 ₰**	Celluloidbälle		9	**5 ₰**
Eisenharke mit 4 Zacken		45	**18 ₰**	Gummibälle, bunt . .	45	28	**8 ₰**
Eisenschaufel			**18 ₰**	Gasbälle	58	48	**38 ₰**
Garten-Garnitur, dreiteilig			**58 ₰**	Fussbälle . . .	565	395	295 245 195 **95 ₰**
Holz-Garnitur, dreiteilig			**58 ₰**	Kinderstühlchen . . .	145	95	58 **48 ₰**
Sandwagen, Blech			**58 ₰**	Pferdeleinen	98	78	58 38 **18 ₰**
Heuwagen, extra gross			**125 ₰**	Bär mit Stimme . . .	145	98	78 **48 ₰**
Schubkarren	115	85	48 **28 ₰**	100 Schuss-Pistole			**68 ₰**
Sandformen, im Bund 7 Stück			58 **28 ₰**	Revolver	28	18	**9 ₰**

Sandsieb, rund, mit vier Formen . .			**38 ₰**
Holz-Auto mit fünf Formen . . .			**65 ₰**
Spahnkörbchen, gefüllt	95	48 28	**10 ₰**
Segelschiffe . .	45	34 18 12 10	**8 ₰**
Schaufel mit zwei Formen . . .		28	**9 ₰**
Windräder			**9 ₰**
Springseile	58	38 28 18	**9 ₰**
Fangbecher mit Ball			**12 ₰**
Tennisschläger	78	48 38	**9 ₰**
Botanisiertrommeln . .	95	48 34	**21 ₰**

Gratis-Zugaben! Gratis-Zugaben! Gratis-Zugaben!

J. Margoniner & Co.

Marktstrasse 34
Gökerstrasse 8.

Café und Garten-Restaurant

Rosengarten

Rüstring., Wilhelmsh. Str. 114.

Jeden Dienstag und Sonnabend, abends 8½ Uhr:

Solisten-Konzert.

Entree frei. **Th. Garlichs.**

200 Rosenstöcke in voller Blüte.

Allerfeinste

Matjes-Heringe

Stück 10 Pf.

empfiehlt

Johs. Arndt,

Werftstraße 14 u. Marienstel.

Einswarden.

Sozialdem. Wahlverein.

Mittwoch den 25. d. M., abends 8½ Uhr:

Mitglieder-Versammlung

im Lokale des Herrn **Roth.**

Auf der Tagesordnung steht u. a. ein **Vortrag** des Genossen Meyer-Rüstringen.

Es ist Pflicht aller Mitglieder zahlreich zu erscheinen.

Der Vorstand.

Zurückgekehrt.

Dr. Heinzelmann,

prakt. Arzt,

Wilhelmshaven, Victoriastrasse 8

Verband der Schuhmacher.

Die nächste Versammlung findet am **Dienstag den 8. Juli** statt. **Der Vorstand.**

KRAJ-Cigaretten

Nr. 2 Jngo

Banter Bürgergarten.

Heute Montag abend:

Gartenkonzert mit Feuerwerk

Anfang 8 Uhr. — — **Entree frei.**

Hierzu ladet freundlichst ein **Heinr. Vosteen.**

Gleichzeitig mache ich bekannt, daß von jetzt an **jeden Abend Garten-Konzert** stattfindet.

Todes-Anzeige.

Am 20. Juni, nachm. 6½ Uhr, entschlief nach schwerer Krankheit meine liebe Frau und meiner drei Kinder treusorgende Mutter

Anna Meinking

geb. Eden

im 34. Lebensjahre.

Dieses zeigen tiefbetrübt an

Wilhelm Meinking

nebst Angehörigen

Die Beerdigung findet am Dienstag den 24. Juni, nachmittags 2 Uhr, vom Willehadt-Hospital aus statt.

Vergrößerungen von 50 Pf. an.

H. T. Becker, Kasernenstr. 1 a.

Todes-Anzeige.

Am Sonntag morgen um 2 Uhr starb nach langem, schwerem, mit Geduld ertragenem Leiden, unser einziger hoffnungsvoller Sohn und Bruder, der Maler

Bruno Gerdes

im blühenden Alter von 21 Jahren.

Um stille Teilnahme bitten die Hinterbliebenen

Hooksiel, den 22. Juni 1913

Bernh. Gerdes und Frau
Elise, geb. Janßen u. Tochter

Die Beerdigung findet am Donnerstag nachmittag 3.30 Uhr in Pakens statt.

Empfehlen uns zum

Grasmähen

de Bries, sen., de Bries, jun.
Schaarreihe 10.

Landesbibliothek Oldenburg

Beilage. 27. Jahrg. Nr. 145.

Norddeutsches Volksblatt

Dienstag den 24. Juni 1913.

Reichstag.

167. Sitzung vom Sonnabend, den 21. Juni, mittags 12 Uhr.
Am Bundesratstisch: v. Heeringen.

Die zweite Lesung der Wehrvorlage.

Neunter Tag.

Sächsischer General Leuthardt von Weißdorff: Die Behauptung des Abg. Stadthagen, daß es in der geheimen Order des Königs Georg von Sachsen als richtig bezeichnet worden wäre, wenn mißhandelte Soldaten straffrei Notwehr üben können, ist völlig unbegründet. Es ist ein starkes Stück, wie der Abg. Stadthagen jeden Erlaß, der sich auf vor 20 Jahren vorgekommene Soldatenmißhandlungen bei zwei Regimentern bezieht, ausschlachtet für die Gegenwart. Seit jenem Erlaß sind die Soldatenmißhandlungen sehr bedeutend zurückgegangen. (Beifall rechts.)

Abg. v. Calker (natl.): Eine eingehende Diskussion über die Reform des Militärrechts sollte eigentlich nur in der Kommission stattfinden. Maßlose Kritik schädigt mehr als sie nützt. Andererseits muß ich zugeben, daß unsere Wissenschaft sich zu wenig mit der Kritik des Heeres beschäftigt hat. (Hört! hört! links.) Das Reichsmilitärgericht, so Tüchtiges es leistet, kann nicht über das geltende Militärrecht hinweg. Dies muß also reformiert werden. Nicht nur sind die Mindeststrafen durchweg zu hoch, nein auch so ziemlich jeder Paragraph des Militärstrafgesetzbuchs muß bezüglich der Tatbestandsmerkmale reformiert werden (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten). Diese Reform kann aber nicht im Zusammenhang mit der Wehrvorlage erfolgen. Die Militärverwaltung bekämpft mit uns die Soldatenmißhandlungen, aber man sollte die gewohnheitsmäßige Körperverletzung Untergebener als qualifiziertes Delikt behandeln und obligatorisch mit Zuchthaus und Ausstoßung aus dem Heere bestrafen. (Beifall links.) Ferner gewährt das geltende Recht nicht genügenden Schutz gegen gemeingefährliche Geisteskranke. Den Militärrichtern fehlt oft das Vorbild, deshalb schlage ich eine Militärrechtsakademie vor. (Beifall bei den Natl.).

Abg. v. Brockhausen (kons.): Die Sozialdemokratie will die Kommandogewalt des Kaisers durch das parlamentarische Regime ersetzen. Die Mißhandlungsrede des Abg. Stadthagen war eine Mißhandlung des Hauses. (Bravo! rechts.) Notwendige Reformen müssen natürlich durchgeführt werden, aber diese große Vorlage ist zu gut dazu, um die Zeit mit solchen Resolutionen und so viel sozialdemokratischen Reden zu verbringen. Die Beschwerdeordnung ist so einfach und klar, daß sie jeder Soldat versteht. Auf den strengen Arrest kann im Interesse der Disziplin und damit der Schlagfertigkeit des Heeres nicht verzichtet werden. Wir sind auch gegen die Resolution der Budgetkommission; die Ehrengerichtsvorschriften sind Sache der Kommandogewalt. Sozialdemokraten wird das Offizierkorps nicht unter sich dulden, auch nicht Leute, die aus irgendwelchen Gründen mit der Sozialdemokratie zusammengehen wollen. (Bravo! rechts.)

Abg. Müller-Meiningen: Das Militärstrafrecht schreit nach einer Reform. Aber die sozialdemokratischen Anträge sind natürlich unannehmbar. (Abg. Stadthagen: Für Sie!) Soll der Soldat dem Hauptmann, der ihm sagt: „Nummel, stell dich mal grad her!" (Heiterkeit) erwidern dürfen: „Hauptmann, du bist der größte Nummel!" oder ihm eine hinhauen können? Nach dem sozialdemokratischen System könnte man bei der Wehrvorlage schließlich auch das Koalitionsgesetz reformieren, denn Kali wird ja auch zur Pulverfabrikation verwendet. (Ful bei den Sozialdemokraten.) Die Resolution der Budgetkommission faßt die gerechtfertigten Reformwünsche der Reichstagsmehrheit zusammen. (Beifall links.)

Abg. Kunert (Soz.):

Die Kalauer des Vorredners waren keine Gründe und der Abg. van Calker bewegte sich in dem bewährten „einerseits, andererseits". Wir sehen immer wieder, daß wir die Schandtaten der Soldatenschinder nicht aus der Welt schaffen können, wenn wir nicht ganz andere Mittel als bisher ergreifen und von unten aufarbeiten. Energische Maßregeln gegen die niederträchtigen, feigen und gemeinen Soldatenpeiniger würden die Disziplinbrecher treffen, nicht die Disziplin. Herr v. Brockhausen spricht von uns gewissermaßen als Rebellen, er vergißt aber, daß er selbst ein Rebell ist, und zwar ein Kanalrebell. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Unsere Anträge sollen ein Präsiticin dafür sein, ob etwas für die Soldaten gebessert werden soll oder nicht. Es ist eine rechte Schamlosigkeit, daß von unseren junkerlichen und scharfmacherischen Naturen das Volk zum Packesel gemacht werden soll, um dafür noch mit Prügel regaliert zu werden. Noch immer liegen zahllose Fälle von Soldatenmißhandlungen vor. Ist es nicht eine nichtsnutzige Gemeinheit, wenn Vorgesetzte ihre Untergebenen gezwungen haben, den Inhalt von Speinäpfen aufzugießen, tierische und menschliche Exkremente zu verzehren, sich Zaum und Kandare und Sattel anlegen und mit Peitsche und Sporen bearbeiten zu lassen, Unzucht zu treiben usw. Das Recht der Notwehr hat jeder, nur der Soldat nicht. Herr von Calker ist gewiß kein Radikaler, sondern ein gut Konservativer, nur aus Versehen unter die Nationalliberalen geraten (Heiterkeit). Um so wertvoller ist es, daß sogar er die Reformbedürftigkeit im Militärrecht anerkennt. Für ein bedingtes Notwehrrecht treten sogar konservative Schriftsteller und Beamte ein. Nur der rechtliche Befehl soll nach ihrer Auffassung unbedingt zu befolgen sein. Dies stimme auch mit der Praxis des Reichsmilitärgerichts überein. Wenn aber ein eingeschränktes Notwehrrecht besteht, so sehen wir nicht ein, warum wir nicht auch das uneingeschränkte Notwehrrecht fordern sollen. In der Theorie existiert dieses Recht sogar, indem durch § 2 des Reichsmilitärstrafrechts die allgemeinen Bestimmungen des zivilen Reichsstrafgesetzbuches als gültig anerkannt wurden. In den §§ 53 und 54 des RStG wird aber das allgemeine Notwehrrecht anerkannt. Demgegenüber ist unser Antrag ja nur ein Teilstück. Das unbedingte Notwehrrecht hat übrigens auch der Zentrumsabg. Daßbach 1904 gefordert (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten). Die Konservativen, die für das Duell, für das modernisierte mittelalterliche Faustrecht sind, wollen das Notwehrrecht, sein elementares Menschenrecht, dem Soldaten verweigern. Je kräftiger das Beschwerderecht reformiert und gehandhabt wird, desto seltener wird das Notwehrrecht gebraucht werden. Sichern Sie Beschwerderecht und Notwehrrecht, so werden Sie Mißhandlungen und Kadavergehorsam beseitigen. Das Militärrecht an sich bleibt noch wie vor als Ausnahmerecht bestehen, als Klassenrecht, als schandbares Unrecht reif zum Untergang. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Vizepräsident Dove ruft den Redner wegen des letzten Ausdrucks zur Ordnung.

Oberst v. Langermann erklärt, daß er als Regimentskommandeur streng darauf gehalten habe, daß keine Mißhandlungen vorkämen. Auch werden nicht alle, die sich erfolglos beschweren, bestraft. Die sozialdemokratischen Anträge sind überflüssig und würden unsere ganze Disziplin aufreiben.

Abg. Peus (Soz.):

Stadthagen hat gestern nur Tatsachen vorgebracht und darüber das Maß von Entrüstung ausgeschüttet, das durchaus angebracht war. Die Soldatenmißhandlungen bestehen bis zur Stunde fort. Freilich haben sie in gewissen Regimentern aufgehört, in denen es Offiziere gibt, die sich unsere Erziehung haben angedeihen lassen. (Heiterkeit b. d. Soz.) Aber es gibt auch noch Regimenter mit Offizieren und Unteroffizieren, die bis zur Stunde ähnliche Infamien begehen, wie sie von uns seit vielen Jahrzehnten auf das heftigste kritisiert werden. Das größte Verdienst, wenn es etwas besser geworden ist, hat Bebel. (Lebh. Beifall b. d. Soz.) Das Verdienst gehört vor allem ihm, daß er Hunderttausende von Soldaten vor Mißhandlungen geschützt hat, indem er immer wieder die anderen Soldaten zutell gewordenen Mißhandlungen kritisiert hat. (Lebh. Beifall b. d. Soz.) Auch der Kriegsminister v. Heeringen wendet sich gegen die Soldatenmißhandlungen, aber doch nur, weil unsere fortgesetzte Kritik ihn dazu zwingt. Wir haben Sie sogar dazu gezwungen, daß der Kunnetsierlaß die Soldatenmißhändler ausdrücklich ausgenommen hat. (Sehr gut! b. d. Soz.) Das Heer ist doch viel älter, als die Sozialdemokratie. Warum haben Sie nicht in früheren Jahrzehnten die Soldatenmißhandlungen beseitigt? Früher lagen die Exerzierplätze offen. Jedermann sah die Soldatenmißhandlungen, ohne Anstoß daran zu nehmen. Heute sind die Plätze gesperrt, weil man sich schämen gelernt hat. So müssen sie mehr und mehr vor der Oeffentlichkeit flüchten. Es gibt zwei Arten von Offizieren, solche, für die man durchs Feuer gehen kann. (Hört! hört! rechts) . . . Warten Sie doch. Ich habe als Soldat die Empfindung gehabt, für meine zwei Hauptleute könnte ich durchs Feuer gehen. (Erneutes Hört! hört! rechts.) Sie müssen aber auch das andere hören. (Heiterkeit.) Ich hatte nämlich auch Unteroffiziere und Offiziere, das waren so infame Bestien, daß ich die Empfindung, die Stadthagen geäußert hat, noch heute nachempfinden kann, und darauf kommt es an; die Gesetze bestehen nicht für die anständigen — die könnten fast ohne Gesetz auskommen — sondern für die infamen Kerle, die leider in unserem heutigen System sich noch schrankenlos betätigen können. In meiner Kompagnie war ein Premierleutnant, der trat die Leute mit Füßen. Die Leute kamen zu mir und ich habe mir überlegt, ob ich eine Beschwerde einreichen sollte. Ich mußte mir aber sagen, was mir bei Einreichung einer solchen gemeinschaftlichen Beschwerde hätte passieren können, und unterließ es. Die Mannschaften zu quälen, ist eine Disziplinlosigkeit. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Gewiß haben dazu in erster Linie die Unteroffiziere Gelegenheit. Aber auch die Duldung der Mißhandlungen, eine Lässigkeit in der Beaufsichtigung der Unteroffiziere, ist bei den Offizieren genau so zu verurteilen, als wenn sie selbst Mißhandlungen begehen würden. Ein genügender Schutz gegenüber jeden Mißbrauch des Rechts auf Notwehr ist das Bewußtsein, daß derjenige hart bestraft wird, der dies Recht über ein gewisses Maß hinaus ausübt. Ich gebe zu, daß so unerhörte Sachen, wie früher, wo Leute gezwungen wurden, ihren eigenen Unrat zu kauen usw., seltener geworden sind. Aber aufgehört haben sie nicht. Der springende Punkt bei der Frage des strengen Arrestes ist, daß diese Strafe nicht für alle verhängt wird, sondern ein Unterschied gemacht wird, zwischen Gemeinen und Unteroffizieren ohne Portepee auf der einen Seite und den Portepeeträgern auf der andern Seite. Hier macht das Gesetz also selber einen Klassenunterschied, und das ist das unerhörte. Nun wird gesagt, die Militärvorlage wäre nicht die richtige Stelle, um die Reform der Militärjustiz durchzusehen. Ich gebe zu, daß es besser wäre, wenn man es in anderer Weise machen würde. Jetzt, wo die Regierung das stehende Heer so ungeheuer vermehrt haben will, so viel mehr Gelegenheit also für die Soldatenmißhandlung geschaffen wird, hätte sie selbst einen solchen Entwurf einbringen sollen. Sie hat es aber nicht getan. Die bürgerlichen Parteien hätten sofort, als die Vorlage eingebracht wurde, erklären müssen: Wir diskutieren erst darüber, wenn gleichzeitig die nötigen Reformen vorgeschlagen werden. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Aber nichts davon ist geschehen.

Eines Tages werden unsere Wünsche doch erfüllt werden, das dauert nicht etwa noch gar zu lange. (Abg. Kreth: Wie lange?) Jedenfalls nicht so lange, wie Sie es wünschen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wir haben doch schon manches erreicht, und weil wir noch nicht mehr erreicht haben, darum sehen Sie hier 110 Sozialdemokraten und ein Drittel des deutschen Volkes stimmt sozialdemokratisch. Wir bekommen aber auch noch die Hälfte! Wenn Herr v. Calker immerhin doch eine andere Haltung einnimmt als Herr v. Brockhausen, dann ist das auch die Folge der Rücksichtnahme auf die Sozialdemokratie. Sie können machen, was Sie wollen, es schlägt doch zu unseren Gunsten aus. Wir stellen aber unsere Forderungen keineswegs nur, um zu unserem Parteivergnügen agitieren zu können, sondern wir wollen den Soldaten helfen gegen ihre Peiniger. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Ich erinnere mich noch sehr gut, wie sich an mich und andere Berliner die Unteroffiziere nicht herangewagt haben, weil sie sich dachten, die Kerle melden mich, dann fliege ich ins Loch; die polnischen Soldaten aus dem Osten aber wurden mit der Faust vor die Brust gestoßen, weil man wußte, daß diese Früchte ländlich-junkerlicher Erziehung sich alles gefallen lassen. Zweifellos ist ja auf dem Lande das Abgrenzgefühl nach dieser Richtung noch weniger entwickelt. Wo wie sich ein Bauernknecht oder auch ein Bauernsohn mißhandeln läßt, so läßt sich nicht jeder sozialdemokratische Arbeiter mißhandeln. Ich sage das deshalb, weil man als einen Beweis gegen unsere Behauptungen angeführt hat, daß sich so viele Freiwillige zu gewissen Regimentern melden. Die jungen Leute vom Lande sind so wenig verwöhnt, daß sie sogar in der Kaserne manches finden, was sie vorher entbehren mußten. Die Teilnahme von 4000 bis 5000 alten Soldaten bei der Jubiläumsfeier eines Berliner Garderegiments beweist auch nichts, denn es ist eine glückliche Gabe der Natur, daß der Mensch das Häßliche aus der Vergangenheit viel leichter vergißt wie das Angenehme. Gewiß gibt es auch Vorgesetzte, an die man gern denkt, und auch ich habe mich darüber gefreut, daß ein alter Vorgesetzter sich nicht gleich gefürchtet hat, mit mir, einem sozialdemokratischen Abgeordneten, zusammen über die Straße zu gehen. (Heiterkeit links.)

So mancher von diesen 4000 bis 5000 ist heute Beamter usw. und gang in den Geist des Militarismus hineingewachsen. Es gibt ja auch noch genug Kriegervereinler! Wir können hoffen, daß das, was wir wollen, sich durchsetzen wird. Beim allgemeinen Wahlrecht läßt sich auf die Dauer der Klassenstaat und sein Militarismus nicht aufrechterhalten. Ueberall marschiert die Demokratie, denken Sie nur an den Wahlsieg der holländischen Sozialisten! — Das Kriegsministerium läßt sich in dieser ganzen Debatte immer wieder verprügeln, nur ab und zu ein paar Worte, aber niemals eine Stellungnahme zu den prinzipiellen Fragen. Der gestrige Dankerlaß des Kaisers ist ja in einem bescheideneren Ton gehalten, als man in der Vergangenheit gewöhnt war; vielleicht wird dieser Ton noch bescheidener. (Präsident Kaempf untersagt diese Ausdrucksweise.) Hätte man doch dem Kaiser geraten, in diesem Dankerlaß die Reform des Militärrechts anzukündigen! Herrn v. Graefe erwidere ich, daß gegen den Sieg der Demokratie schließlich auch kein Hohenzoller etwas ausrichten wird. Sie selbst haben uns ja gezeigt, daß der Kaiser gegen Sie den Mittellandkanal nicht durchsetzen konnte, und gegen uns konnte er das Zuchthausgesetz nicht durchsetzen. Ueberlegen Sie sich daher sehr wohl, ob Sie uns durch Ablehnung unseres Antrages wieder nützen wollen; durchsetzen wird er sich doch! (Beifall bei den Sozialdemokraten. — Abg. Kreth: Na sehen Sie sich mal hin!)

Präsident Kaempf rügt nachdrücklich eine Wendung des Abg. v. Brockhausen gegen den Abg. Stadthagen als unparlamentarisch.

Kriegsminister v. Heeringen weist zunächst die Ausdrucksweise des Abg. Peus über den kaiserlichen Dankerlaß zurück. Das ganze deutsche Volk habe das Jubiläum des Kaisers gefeiert. (Rufe bei den Sozialdemokraten: Na! Na!) Den Soldaten braucht die Sozialdemokratie nicht zu helfen, die Vorgesetzten haben schon lange vor der Sozialdemokratischen Agitation gewußt, daß wohlwollende und gerechte Behandlung der Untergebenen der beste Weg ist. (Lebhafte Zurufe bei den Sozialdemokraten: Mißhandlungen!) Sie sagen, daß sie die scharfen Gesetze nicht für die braven Offiziere, sondern für die weniger braven fordern, so ist es aber auch mit den strengen Disziplinarstrafen für Soldaten, die kommen auch nicht gegen die braven Soldaten zur Anwendung. Und doch wollen Sie sie abschaffen! (Sehr gut! rechts.) Die Vorgesetzten, die sich das verdammungswürdige Vergehen der Soldatenmißhandlung zuschulden kommen lassen, erleiden nicht nur ihre Strafe, sondern das hat auch seine Konsequenzen für ihre Laufbahn. Ein Unteroffizier kann wegen Mißhandlung unter Umständen noch am Ende seines zwölften Dienstjahres mit Frau und Kindern auf die Straße gesetzt werden, das ist doch die abschreckendste Strafe, die es gibt. Sie wollen, daß es in den Strafen keinen Unterschied zwischen Vorgesetzten und Untergebenen geben soll, aber das ist in allen Armeen der Welt der Fall und ist ein Erfordernis der Disziplin. Der Vorgesetzte, der einen Soldaten mißhandelt, vergeht sich schwer und wird schwer bestraft, aber er greift doch nur in die Rechtssphäre dieses einzelnen Mannes ein; der Untergebene aber, der sich an dem Vorgesetzten vergreift, vergeht sich nicht nur gegen diesen einen Vorgesetzten, sondern gegen den ganzen Stand! (Aha! bei den Sozialdemokraten; Unruhe rechts.) Die Soldatenmißhandlungen gehen ständig zurück, 1912 wurden nur noch 0,25 Proz. der Offiziere und Unteroffiziere deswegen bestraft, im ganzen nur 24 Offiziere, ich wollte freilich, es wäre gar keiner. Aber die Offiziere und Unteroffiziere sind nun einmal keine Engel, sondern energische, temperamentvolle Persönlichkeiten, die sich hinreißen lassen. Jeder, der ein Herz für die Armee hat, verurteilt aber die Mißhandlungen auf das allerschärfste. Der Abg. Peus hat erklärt, daß die Umzäunung der Exerzierplätze beweise, daß man sich vor der Oeffentlichkeit fürchte. Nun, als ich das Regiment 117 in Mainz kommandierte, mußte ich beim Exerzieren auf dem Schloßplatz polizeilichen Schutz in Anspruch nehmen gegen Bürger, die meinen Soldaten zuriefen: Werft doch dem Kerl das Gewehr an den Kopf! und dergleichen mehr. (Hört! hört! rechts, lebhafte Rufe bei den Sozialdemokraten: Warum?) Sagen Sie doch den Leuten, die zum Militär kommen, nicht immer, daß sie beim Militär nur gepeinigt werden, sondern, daß sie ihre Pflicht und Schuldigkeit tun sollen, dann wird auch manches besser werden. Mit der Verallgemeinerung einzelner Vergehen von Leuten, die die Armee nicht kennen, setzen Sie die Armee nur runter. Wer die Armee kennt, weiß, was wir an ihr haben, und diesen Glauben läßt sich das deutsche Volk durch derartige Reden nicht nehmen! (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. Stadthagen (Soz.):

Der Abg. van Calker und selbstverständlich auch Dr. Müller haben sich gegen meine „übertriebene Kritik" gewandt. Bringen Sie mir doch ein Beispiel dafür, daß ich übertrieben habe! Ich habe mich nur auf rechtskräftige Urteile und auf den Erlaß des Prinzen und späteren Königs Georg von Sachsen gestützt. Die Erklärung Dr. Müllers, daß unsere Anträge unannehmbar seien, beweist nur sowohl eine gewaltige Selbstgefälligkeit, als eine große Hilflosigkeit, die in Ermangelung von Gründen, Scheingründe geltend macht. Sehr bezeichnend ist es, daß die liberalen Parteien jetzt von dem Standpunkt zurückkommen, den sie vor Jahren selbst noch in diesen Fragen eingenommen haben. Ich habe auch keineswegs behauptet, daß in der Armee nichts als Quälereien getrieben werden, sondern nur, daß nach der bestehenden Rechtslage die Möglichkeit besteht, daß sich die Soldaten all diese kannibalischen Gemeinheiten wehrlos gefallen lassen müssen. Während die Liberalen noch 1892 auf unserem Standpunkt standen, daß nach dem allgemeinen strafrechtlichen Grundsätzen dem Soldaten ein Notwehrrecht gegen rechtswidrige Angriffe der Vorgesetzten, also gegen Beleidigungen, Mißhandlungen usw. zusteht, erklärte heute der liberale Dr. Müller, daß der Soldat den ihn beschimpfenden Hauptmann beileibe nicht wiederschimpfen dürfte. Diese liberale Entwickelung ist interessant. Die Inhaber der Kommandogewalt haben sich selbst gegen die Soldatenmißhandlungen ausgesprochen, trotzdem behaupten die Konservativen, daß unser Verlangen nach gründlichem Schutz gegen Soldatenmißhandlungen die Kommandogewalt beseitigen solle! Herr v. Brockhausen sagte vorhin, die Konservativen hätten gestern nur darum gelacht, weil ich noch in so später Stunde aufgetreten sei. Die Konservativen aber hatten doch unmittelbar vorher unseren Vertagungsantrag abgelehnt, es bleibt also wahr, daß sie gelacht haben, weil wirkliche Bekämpfung der kannibalischen Soldatenpeinigungen gefordert wurde. Dem Kriegsminister erwidere ich, daß der einfache Soldat dieselbe Ehre hat, wie der höchste Offizier, und daß deshalb jede Soldatenmißhandlung das ganze Volk beleidigt, dessen Repräsentant in der Armee nicht der Berufsoffizier, sondern der einfache Soldat ist. Der Rückgang der Verurteilungen beweist keineswegs auch einen Rückgang der Mißhandlungen, denn wir haben ja kein wirkliches Beschwerderecht, es erfolgen zahlreiche Freisprechungen hinter verschlossenen Türen und viele Mißhandlungen werden also so geringfügig beurteilt, daß man sie nicht bestraft. Gewiß gab es einige Regimenter, wo Mißhandlungen nicht vorkamen, so z. B. die Truppenteile, in denen der spätere General v. Pape durchsetzte, daß Beschwerden auch außerhalb des gewöhnlichen Weges angebracht werden konnten. Ich bleibe dabei, daß Prinz Georg von Sachsen das Notwehrrecht anerkannt hat, denn der Erlaß sprach von den Soldatenmißhandlungen in schärfster Weise und erklärte, daß sie die Uniform und das Standesbewußtsein verletzten und der Sozialdemokratie Vorschub leisteten; die Disziplin müsse sich auf das Ehrgefühl stützen. Wer das aber anerkennt, erkennt logischerweise auch das Recht der Notwehr an, denn demjenigen, dessen Ehre angegriffen wird, muß auch das Recht zustehen, sich dagegen zu wehren. Ich frage den Kriegsminister, ob ein Mann, der sich Befehlen des Unteroffiziers zu widernatürlichen Handlungen nicht fügt, strafbar macht oder nicht? Darauf kommt es an. Das Hin und Her der Liberalen zeigt nur, wie stark in den bürgerlichen Kreisen der Gedanke des Kadavergehorsams dem der Ehre überwiegt. Die Auffassungen Dr. Müller-Meiningens haben mit Liberalismus nichts mehr zu tun, da steht selbst das Reichsmilitärgericht, das einmal das Notwehrrecht anerkannt hat, noch auf einer höheren Rechtsauffassungsstufe. Wie kann Dr. Müller sagen, daß dienstpflichtwidrige Befehle zunächst befolgt werden müssen und erst später durch Beschwerde angefochten werden können. Heute riskiert der Soldat, der sich den raffiniertesten Quälereien nicht fügt, fünf Jahre Gefängnis. Die Witze des Dr. Müller über Kali usw. können und nicht vergessen lassen, daß wir die Pflicht haben, für die 130 000 neueinzustellenden Soldaten gründlich zu sorgen. Parteipolitisch kann uns die Ablehnung unserer Anträge nur recht sein, aber im Interesse der Ehre unserer Soldaten bitte ich Sie, unsere Anträge anzunehmen. (Lebh. Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Sächs. General Leuthart v. Weißdorff erklärt nochmals kurz, daß der Prinz Georgsche Erlaß das Notwehrrecht nicht anerkannt habe.

Abg. Heine (Soz.) verzichtet aufs Wort, damit ist die Militärjustizdebatte geschlossen. Die Abstimmung wird vertagt.

Ein Vertagungsantrag des Abg. Ledebour (Soz.) wird infolge der schwachen Besetzung des Hauses nicht ausreichend unterstützt.

Zum Kapitel „Kapitulantenwesen und Militäranwärter" begründet

Abg. Liesching (Vp.) einen Antrag, den länger dienenden Unteroffizieren vom 12. Jahr an die Prämie von 3000 M. mit 4 Proz. zu verzinsen.

Die Abstimmung wird nach kurzer Debatte ausgesetzt; einige Militärbevollmächtigten und Abg. Erzberger (Z.) ersuchen, die Vorlage anzunehmen, um die Unklarheiten des bestehenden Rechtszustandes in bezug auf die Kapitulanten zu beseitigen.

Zum Artikel 8a begründet Abg. Dr. Müller-Meiningen einen Antrag, wonach im Reichsmilitärgesetz die Verpflichtung der Regierungen ausgesprochen werden soll, daß die Heeresverwaltung für Turnunterricht an die schulpflichtige männliche Jugend Sorge tragen soll. — Bisher habe man dafür nur platonische Sympathie bewiesen. — Ein Antrag Mumm (Ant.) will die Unterstützung des Reichs nur den auf dem Boden der heutigen Staatsordnung stehenden Turnvereinen zuwenden.

Landesbibliothek Oldenburg

Der sozialdemokratische Antrag bestimmt Aufhebung aller landesrechtlichen Vorschriften, durch welche die Erteilung des Turnunterrichts von der politischen oder religiösen Gesinnung des Lehrers oder der Schüler abhängig gemacht oder die Gemeinden in der Ueberlassung der Turnhallen an Turnvereinen beschränkt werden.

Die Budgetkommission beantragt eine allgemeinere turnfreundliche Resolution.

Kriegsminister **v. Heeringen:** Die Kommissionsresolutionen sind für die Militärverwaltungen annehmbar, aber nicht der Antrag Ablaß in seiner jetzigen Form, wird er dagegen in eine Resolution umgewandelt, so können wir auch ihn akzeptieren.

Abg. **Heine-Dessau** (Soz.):

Der Antrag Mumm hat jedenfalls den einen Vorzug der Ehrlichkeit. Der Antrag Ablaß ohne unseren Unterantrag hat für uns um keinen Deut mehr Wert als die Kommissionsresolution mit oder ohne Mumm. (Heiterkeit.) — Das Turnen an sich wird ja nicht mehr verfolgt wie früher, als sogar das Wort verboten war! Die deutsche Turnerschaft sieht nicht, wie Müller-Meiningen zu fürchten scheint, nach im Geruch demokratischer Tendenzen, sondern sie gilt, und mit vollem Recht, in Armeekreisen als völlig harmlos. Die Verfolgung turnerischer Bestrebungen richtet sich gegen die Arbeiter und außerdem gegen Polen und Dänen! — Unserem Parteigenossen Adler, einem geprüften Turnlehrer, wurde die Erteilung von Turnschulunterricht in Schleswig untersagt, weil er als Sozialdemokrat nicht die sittliche Reife zur Erteilung von Schulunterricht besitze. (Stürmische Phrirufe bei den Sozialdemokraten.) Die weitere Konsequenz würde sein, daß allen sozialdemokratischen Vätern das Recht zur Erziehung ihrer Kinder abgesprochen wird. (Bewegung.) Das sind schöne Aussichten für die Zukunft Deutschlands. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Man benutzt zur Schikanierung der Turnvereine eine aus dem Jahre 1834 stammende Kabinettsorder, da Reichsgesetze und preußische Gesetze gar keine Handhabe bieten. Aber selbst diese Kabinettsorder macht nur den als Ersatz für Schulunterricht erteilten Unterricht, nicht den Unterricht an Erwachsene, genehmigungspflichtig. Darum gelang es uns auch, in allen Instanzen ein freisprechendes Urteil zu erlangen, als gegen einen unserer Parteigenossen wegen Erteilung von Turnunterricht vorgegangen wurde. Aber die Regierung wußte sich zu helfen, und ließ durch die Gemeinden den Turnunterricht als obligatorisch auf den Schulplan der Fortbildungsschulen setzen. Erteilt wird der Unterricht nicht, aber es steht im Plan, und so wird denn nunmehr der Turnunterricht als Ersatz eines Schulunterrichts betrachtet und demgemäß für genehmigungspflichtig erklärt. Das Reichsgericht hat dann auch seine Stellung verändert und die Genehmigungspflicht auf jeden Unterricht an „schulpflichtige" Personen ausgedehnt; die Regierung erklärt nun alle Personen bis etwa ins studentische Alter, also bis ungefähr 25 Jahren, für schulpflichtig (Hört! hört! und Heiterkeit bei den Sozialdemokraten) und behauptet demgemäß, jeder an sie erteilte Unterricht sei genehmigungspflichtig. Die Genehmigung wird dann konsequent versagt. Als der Turnverein Fichte eine Liste von nichtsozialdemokratischen Turnlehrern einreichte, die bereit sind, im genannten Verein Turnunterricht zu erteilen, wurde kurzerhand erklärt, Genehmigung zum Turnunterricht im Verein „Fichte" wird überhaupt nicht erteilt. Also die Absicht geht dahin, das ganze Turnen in der Arbeiterklasse zu unterdrücken. Die Schulaufsichtsbehörden können Geldstrafen bis zu 10 000 M. und darüber und entsprechende Gefängnisstrafen verhängen, ohne daß es eine Appellation dagegen gibt. (Lebhaftes Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) So was gibt es außer in Preußen und den Nachbarstaaten allenfalls noch in Rußland. In Anhalt werden jedem Kinde, das eine Turnstunde des Arbeiterturnvereins besucht, Prügel oder Arreststrafe oder Ueberweisung aus der sogenannten gehobenen Volksschule in die einfache Volksschule angedroht. (Lebhaftes Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Diese Maßnahmen sind nicht nur ungerecht, sondern auch unklug, denn sie schaffen nur jugendliche Märtyrer, die dann um so mehr an den Bestrebungen hängen werden, wegen deren sie verfolgt wurden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Man begründet das damit, daß in den Arbeiterturnvereinen sozialdemokratische Politik getrieben werde. Das trifft aber durchaus nicht zu, wohl aber ist die Deutsche Turnerschaft ein ausgesprochen politischer Verein. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Sie schließt alle Sozialdemokraten aus, weil sie angeblich nicht national sind. Aber national in dem Sinn, daß man das beste für das Vaterland will, sind wir auch. Selbst wenn in den Arbeiterturnvereinen Politik getrieben würde, so würde daraus nur folgen, daß junge Leute unter 18 Jahren an ihren Versammlungen nicht teilnehmen dürfen. Aber Turnübungen sind keine Versammlungen. Es ist noch kein einziger Fall nachgewiesen, in dem auch nur ein einziges politisches Wort in einem Arbeiterturnverein gefallen wäre. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wenn wirklich in dem Liederbuch der Arbeiterturner einige politische Lieder enthalten sein sollen, so ist nicht bewiesen, daß diese Lieder von den jungen Leuten auch gesungen worden sind. Uebrigens finden sich auch in den Kommersbüchern der studentischen Vereine politische Lieder, ohne daß diese Vereine dadurch politisch wären. Seit den Faschingswolken geht das Treiben der Deutschen Turnerschaft gegen ihre sozialdemokratischgesinnten Mitglieder und hierdurch und durch das zunehmende Interesse der Arbeiterschaft für die Fragen der Körperkultur sind die Arbeiterturnvereine groß geworden. Es besteht kein politischer Zusammenhang zwischen der Arbeiterturnerbewegung und der Sozialdemokratie als Partei. Jede Partei hat auch allgemeine kulturelle Bestrebungen, die Partei des Herrn Werner ausgenommen. (Heiterkeit.) Wenn die Parteien als solche das Turnen fördern und den Alkoholmißbrauch bekämpfen, so werden diese Kulturbestrebungen damit nicht politisch. (Sehr richtig! links.) Eine Weltanschauung gibt es natürlich in den Arbeiterturnvereinen und es ist gottseidank nicht die Weltanschauung des Muckertums. Aber ist das nicht auch in den katholischen Gesellenvereinen und den christlichen Jünglingsvereinen der Fall? Die Arbeiterturnvereine vermeiden ängstlich jeden Schritt ins politische Gebiet. Anders beim Jungdeutschlandbund, der kein Hehl daraus macht, ausgesprochen politisch zu ein. In dieser politischen Tendenz liegt auch der Todeskeim des Jungdeutschlandbundes, denn es wird einst kommen, daß sozialdemokratisch gesinnte junge Leute sich dagegen auflehnen. Wenn unser Antrag angenommen wird, dann ist den Leuten, wenigstens die in diesen Ungesetzlichkeiten fortfahren, das Siegel der Ungesetzlichkeit aufgedrückt. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Nach einigen kurzen Ausführungen des Abg. **Mumm** (Ant.) für seinen Antrag vertagt das Haus die Weiterberatung auf Dienstag 3 Uhr.

Schluß: 6 Uhr.

Gewerkschaftliches.

11. Generalversammlung der deutschen Metallarbeiter.

Am fünften Tage wurde hauptsächlich die Statutenberatung fortgesetzt, da die Verhandlungen für die meisten Leser ohne Interesse sind, geben wir nur das Wichtigste daraus wieder. — Die Vorlage des Vorstandes wird in namentlicher Abstimmung mit 143 gegen 112 Stimmen angenommen. **Ripp**-Mannheim erklärt unter Zustimmung vieler Delegierter, daß die 112 Stimmen nicht gegen die Gehaltsvorlage überhaupt, sondern in erster Linie wegen dem Wunsche nach Aenderung der Einzelheiten mit „nein" gestimmt hätten. Für einige Mitglieder des Stuttgarter Hauptbureaus und die Bevollmächtigten der Berliner Verwaltung wird ein Jahresgehalt von 4200 Mark bewilligt. Die Tagesdiäten der Bezirksleiter werden um 1 Mk. erhöht. Dem Verbandsausschuß wird eine Entschädigung von 500 Mk. bewilligt. Der Hauptkassierer erhält eine Erhöhung des Mankogeldes zugestanden. Anträge, die verlangen, daß die Abgeordneten in ihren Bezügen, soweit der Verband in Frage kommt, gekürzt werden, erledigt man — nachdem der Delegierte Reichstagsabgeordneter **Brandes** die Sachlage klargestellt hat, — durch Uebergang zur Tagesordnung. Es wird nach dem Antrage der Rechnungskommission beschlossen, den Angestellten des Verbandes im ersten Jahre ihrer Verbandstätigkeit 2 Wochen Ferien zu gewähren, die Ferien wachsen bis zum 20sten Dienstjahre auf 4 Wochen. Weiter wird beschlossen, daß die Beiträge für die Angestelltenversicherung, die der Verband ganz übernimmt, zu Lasten der Hauptkasse gehen. Das umgeänderte Statut tritt bereits am 1. Juli dieses Jahres in Kraft. Es folgte am letzten Verhandlungstage die Beratung der Beschwerden usw.

Zum internationalen Metallarbeiterkongreß in Berlin sollen diesmal mehr Delegierte entsandt werden als sonst. Es wird beschlossen, auf den internationalen Sozialistenkongreß drei Delegierte zu entsenden, gewählt werden Schlicke-Stuttgart, Cohen-Berlin und Brandes-Magdeburg. — In die Staffelbeitragskommission werden gewählt vom Bezirk 1 Seemann-Königsberg, Bezirk 2 Osheimer-Görlitz, Bezirk 3 Palowitsch-Berlin, Bezirk 4 Hirthe-Aue, Bezirk 5 Striefler-Hannover, Bezirk 6 Garde-Kiel, Bezirk 7 Jäcker-Düsseldorf, Bezirk 8 Meh-Frankfurt a. M., Bezirk 9 Sauer-Karlsruhe, Bezirk 10 Umrath-Nürnberg und Siering-Berlin.

Zwei Anträge, die verlangen, daß der Metallarbeiterverband sich mit der Frage der Einführung der Invalidenunterstützung beschäftigen soll, werden abgelehnt.

Als Ort der nächsten Generalversammlung wird **Köln** gewählt.

Die alte Verbandsleitung wird wiedergewählt, Schlicke als erster Vorsitzender, Reichel als zweiter Vorsitzender, Werner als Kassierer und Massatsch als Sekretär. Der Sitz des Ausschusses bleibt Frankfurt am Main, die Kommission bleibt die alte. Die Redaktion bleibt in den Händen von Scherm und Quist.

Die folgende Resolution wird ohne Diskussion angenommen: „In Uebereinstimmung mit dem von der Generalversammlung in Mannheim beschlossenen Antrag an den Gewerkschaftskongreß in Dresden, betrachtet die elfte ordentliche Generalversammlung des Umlegeverfahren zur Aufbringung von Mitteln zur Unterstützung von Streiks und Aussperrungen für den besten Ausweg und erwartet vom Vorstand, daß er in den Vorständekonferenzen der der Generalkommission angeschlossenen Zentralverbände für seine Einführung wirkt." — Darauf wurden die Verhandlungen geschlossen.

* * *

Vom Verbandstag der Buchdrucker. Am vorletzten Verhandlungstage wurde ein Vorstandsantrag angenommen, der besagt: „daß jeder Eintretende in **technischer** Beziehung derart ausgebildet sein muß, daß er seinen Beruf voll auszufüllen vermag und in **gesundheitlicher** Beziehung von der Mitgliedschaft seines Konditionsortes unter Zustimmung des Gauvorstandes für aufnahmefähig erklärt werden muß."

Ebenso ein weiterer Vorstandsantrag, der besagt, daß „Taubstumme oder mit sonstigen körperlichen Gebrechen Behaftete ohne vorherige Zustimmung des Verbandsvorstandes nicht aufgenommen werden dürfen."

Also ein zünftlerischer Herrenstandpunkt erster Güte.

Die Buchbinder. Auf dem in Stuttgart tagenden Verbandstage wurde durch eine Kommission folgende Neuregelung der Beiträge vorgeschlagen: Fünf Beitragsklassen sind in folgender Weise einzuführen: Klasse 1 20 Pf., Klasse 2 25 Pf., Klasse 3 35 Pf., Klasse 4 50 Pf. Klasse 5 80 Pf. Gegenüber den jetzigen Beiträgen bedeutet dies lediglich den Unterschied, daß zwischen der ersten und zweiten Klasse eine 25-Pf.-Klasse eingeschoben wird. Die weiblichen Mitglieder können nur in den drei ersten Klassen steuern. Die Verdienstgrenze soll festgesetzt werden, für Klasse 1 bis 8 Mark Wochenverdienst, Klasse 2 8 bis 12 Mark, Klasse 3 12 bis 15 Mark, Klasse 4 15 bis 24 Mark und Klasse 5 über 24 Mark.

Diese Vorschläge der Kommission fanden schließlich nach weiteren Erörterungen gegen wenige Stimmen Annahme. Jede beabsichtigte größere Erhöhung der Mitgliederbeiträge wurde abgelehnt.

Aus dem Lande.

Schortens. In B. B. Gerdes Wirtshaus zu Schortens fand Freitag abend eine gemeinschaftliche Sitzung des Gemeinderates und Schulvorstandes statt und wurde die Tagesordnung wie folgt erledigt: 1. **Schulneubau** betr. Der Ankauf des Bauplatzes am Mühlenwege von den Besitzern Ramke und Evers wurde in zweiter Lesung beschlossen. Ferner wurde eine Kommission mit der Besichtigung einiger vierklassiger Schulen, die beim Bau als Vorbild geeignet erscheinen, beauftragt. — 2. **Betr. elektr. Licht.** Es wird mitgeteilt, daß in Jever eine Versammlung von Gemeindevertretungen aus dem südlichen Jeverlande zwecks Verhandlungen mit Vertretern der Zentrale Wiesmoor stattfindet. Beschlossen wird, daß sich auch Schortens daran beteiligt. — 3. **Schulsachen.** Für die Schule zu Ostiem wurde die Anschaffung eines neuen Barrens bewilligt. Die Schule Schortens soll gegen Haftpflicht bei der Gemeindehaftpflichtversicherung in Oldenburg versichert werden. Die unentgeltliche Fäkalienabfuhr von der Schule Roffhausen wurde dem Häusling Gerd. Eilers in Heidmühle übertragen. — 4. **Straßenbausachen.** Zu den Baukosten der Chaussee Roffhausen—Middelsfähr ist vom Amtsverbande ein Zuschuß von 20 Prozent bewilligt. Die Verdingung der Arbeiten, Lieferungen usw. wurde einer Kommission übertragen, welche gleichzeitig beauftragt wurde, mit einigen Anliegern betr. Abtretung von Grundflächen, Versetzen von Einfriedigungen usw. zu verhandeln. Eine Bremer Firma hat ein Angebot auf Lieferung der erforderlichen Klinker 1. Sorte gemacht. Falls der geforderte Preis der Ware entspricht, soll das Angebot berücksichtigt werden. — 5. **Hebammebetr.** Die Zulassung einer dritten Hebamme ist im Prinzip beschlossen. Eine Bewerberin, die für die Stelle in Aussicht genommen war, hat ihr Gesuch jedoch zurückgezogen. Die Stelle ist somit noch frei. — 6. **Gendarmeriewohnung.** Ein Antrag, für den zum 1. November nach hier versetzten Gendarmen von der Gemeinde ein Wohnhaus zu errichten, wurde abgelehnt, weil sich bereits Private zum Bau eines solchen Hauses angeboten haben. — 7. **Verschiedenes.** Der Stadt Rüstringen wurde die Genehmigung zur Benutzung des Gemeindeweges Moorhausen—Feldhausen für die Legung einer Rohrleitung von ihrem Wasserwerk erteilt, des-

---

Der Untergang der Anna Hollmann.

Erzählung von Gustav Frenssen.

14] Nachdruck verboten.

10. Kapitel.

Es hatte keinen Sinn, daß er mit dem Kapitän oder dem ersten Offizier über den Zustand des Schiffes sprach. Er überlegte, ob er es dem zweiten Offizier sagen sollte; aber der ehrliche Junge konnte neben seinem täglichen Dienst und dem Bild seines Mädchens weitere Gedanken sicher nicht fassen. So konnte er nichts tun, als unauffällig die beiden Boote nachsehn. Und trug so allein den wilden bitteren Gedanken, daß sie in einem Schiffe säßen, das beim ersten tüchtigen Stoß in die Tiefe ginge.

Aber er ertrug den Gedanken, ja er spielte mit ihm, kraft seines übermütigen, ja höhnischen Glaubens, daß Gott ‚gerecht' sein müßte, und diese ‚Gerechtigkeit' sich zeigen müßte. ‚Ich sollte mit der Anna Hollmann in die Tiefe?' Ich? Der an Bord gegangen ist, zu rächen, zu bessern? Ich? Der reinste und gradeste aller Steuerleute? Und dieser Knabe, der die Sünde seiner Väter gut machen will? Das ist nicht möglich. O nein! Das kann nicht geschehen. Gottes Wege sind wohl wunderbar; aber wir bitten uns aus, daß sie keine Fuchsschliche sind!

Wenn er am Tage Freiwache hatte und eben seine Kammer betreten hatte, klopfte der Knabe leise und höflich an und kam mit behender Wendung über den hohen Süll und setzte sich neben das Bullauge auf den Holzstuhl, während Jan Guldt auf der Koje saß, wegen der oberen Koje vornübergebeugt, die Hände auf den Schenkeln. Der Raum war so eng, daß ihre Knie fast aneinander stießen und ihr Atem ineinanderging, gleich wie zum Zeichen ihrer Heimlichkeit und Einigkeit.

So beredeten sie alles, was Jan Guldt wußte: Was der alte Hollmann am Weg in Ovelgönne vom Wagen herab mit seinem Dienstmädchen besprochen hatte; und wie Kapitän Guldt auf der Anna Hollmann Weiße und Schwarze gepeinigt und manchen über die Reeling geschoben hatte; wie das junge Ding in seiner Angst über Bord sprang; und von denen, die auf dem Casemance starben, von jedem Schiffe, das untergegangen war, von dem verkommenen Zustand der Anna Hollmann, von dem Schmutz und widerlichen Essen, und von der ganzen Roheit des Hungersystems. Der Knabe sog das alles wie einen bitteren Trank, mit krauser Stirn, aber in guter Haltung, tief und tapfer in sich, daß er nichts im Kelche ließe. Denn er hatte die Absicht, den Becher einst, vom Boden herauf, neu zu füllen, mit gutem Trank.

Wenn er dann alles mit vielen Fragen — die deutlich zeigten, daß er für praktische Dinge keine Begabung hatte — immer neu ergründet hatte, atmete er tief auf, wie nach einer zu schweren Rechenaufgabe, und fing an, mit weicher, ängstlicher Seele, mit einer wehen, schlimmen Freude am phantastischen Schweifen und Bilden, mit dieser unheimlichen Anna Hollmann zu spielen, mit ihren Planken, Stengen, Treppen und Räumen. Er fragte nach den Stücken des Schiffs, die noch von jener Zeit her an Bord wären, bat Jan Guldt mit ihm hinauszugehen, und sah scheu nach den ungefügen alten Reelingstützen, nach der Treppe, nach dem Aufbaudeck und den alten Eisenplatten am Heck; und erzählte mit Augen, die von körperlicher und seelischer Erregung brannten, daß er in der vorigen Nacht, ob schlafend oder wachend, die ganzen Räume wie im Dämmerlicht durchsehn hätte: vier Stockwerk übereinander und alle voll Menschen, die wie dicke dunkle Schichten dagelegen; sie hätten gestöhnt, vor Mangel an Nahrung und Luft, und indem ihr Stöhnen lauter geworden, hätte es zuletzt die Wände des Schiffs gedehnt, daß die Spanten geknarrt und die Nieten sich gelockert hätten, so daß er das blanke Wasser und darin die hellen Fische mit ihren großen glotzenden Augen gesehn hätte. Aber bange wäre er nicht. Gott würde nicht dulden, daß sie beide, die sie unschuldig wären, ja anderer Leute Schuld endlich beiseiteschaffen wollten, untergingen.

Jan Guldt nickte mit tiefem Ernst dazu, mit seinen funkelnden Augen und dachte: ‚Der vergißt sein Lebtag nicht, was er auf der Anna Hollmann gehört hat, und wird Wunderdinge tun, wenn er groß sein wird,' und seine hochmütige Seele schwoll vor Wichtigkeit und Gerechtigkeit.

Da griff der Knabe nach seinem Arm und fragte leise und wichtig, ob er ihm etwas zeigen solle. Er führte ihn den Gang entlang in seine hübsche Kammer, die von der hängenden Lampe wohlig erleuchtet war, und zeigte über der Kommode an der Wand eine wohlgelungene Zeichnung vom Innern einer Kirche. Es war eine Dorfkirche von ehrwürdigem Alter, die Mauern gewaltig dick, die Fenster in ihnen in ziemlicher Höhe und nicht groß, die Türen niedrig. Um den Altar, der ein schlichtes Bildwerk vom Heiland und seinen Aposteln trug, standen schöne steinerne Gewölbebogen als feste Wachen um das Heilige.

„Sehen Sie," sagte er leise: „Ich fahre mit meiner Mutter und Schwester im Juli immer nach Sylt, wo wir ein eigenes Haus haben. Da geh' ich zuweilen mit einem alten Weber, unserm Nachbar, über Land, wenn er seine Arbeit austrägt. So kamen wir einmal zusammen nach Keitum und gingen um die Kirche, fanden sie offen und traten ein. Der Weber setzte sich in eine der letzten Bankreihen, so daß er das ganze Innere der Kirche vor sich hatte; ich ging indes in der Kirche umher. Als ich dann wieder zu ihm kam, sah ich, daß er betete, indem er sozusagen mit geweiteten Augen alles übersah, was von seinem Platz aus zu sehen war: die Bankreihen, die Wände mit ihren Fenstern, die Wölbungen um den Altar und den Altar selber. Er sah so aus, als wenn Gott in all seiner Heiligkeit den ganzen Raum füllte, und der Saum seines Kleides auf den grauen Fliesen lag. Ich setzte mich zu ihm, und sah auch hin und wartete, ob es mir auch so ginge; denn es stand deutlich in seinen Augen, daß der Ort ihn beten machte. Und sehn Sie: als meine Gedanken zuerst hinauswollten und wie gefangene Schwalben gegen das Fenster flogen, bogen sie immer sachte im Bogen der Fenster um, und wie sie aus der Tür wollten oder am Altar vorbei, bogen sie überall wieder um, gefangen durch die starken Mauern und wieder nach innen geleitet durch die schönen, festen Bogen. Und bald gaben sie es ganz auf, zu fliehen. Sie spielten und wogten um die Wölbungen des Altars und durch den ganzen Raum, schöne, weite Gedanken, voll von schönem Glauben an Gottes Güte und Hilfe, die niemals wanken kann. So saß ich selig und friedlich eine lange Zeit."

Jan Guldt war bedeutend mehr der Enkel des alten

Landesbibliothek Oldenburg

gleichen der Oberpostdirektion für die Herstellung einer Telephonleitung der Gemeindeweg Siebethshaus—Kloster freigegeben.

— Dienstjubiläum. Der Armenhausvater Rieniets in Schortens kann am heutigen Tage auf eine 30jährige Tätigkeit als Armenhausvater in hiesiger Gemeinde zurückblicken. Es ist beschlossen, ihm für die fernere Zeit seines Wirkens in der bisherigen Stellung 100 Mark Extravergütung jährlich zu gewähren und ihm als Jubiläumsgabe in Anerkennung seiner verdienstvollen Tätigkeit ein Geldgeschenk zu überweisen.

— Das Alte stürzt ... Die alte weithin bekannte Heidmühle ist nunmehr von der Bildfläche verschwunden. Die Abbruchsmaterialien werden gegenwärtig für den Transport nach Aven, wo sie zum Aufbau einer neuen Mühle mitverwendet werden sollen, verladen. Den Platz in der Größe von etwa 11 Ar hat der Besitzer, Herr Eilfs, für 7200 Mark an Sattler Ramke in Heidmühle verkauft, welcher dort ein Geschäftshaus errichten wird.

Varel. Die Versammlung des Sozialdemokratischen Wahlvereins fand am Sonnabend abend im „Hof von Oldenburg" statt. Der Vorsitzende gab zuerst den Jahresbericht. Er hob hervor, daß das Interesse der Mitglieder an den Versammlungen zur Zeit der Reichstagswahlen größer gewesen sei als jetzt, worin bald wieder eine Besserung eintreten müsse. In der Berichtszeit, die sich über 3/4 Jahre erstreckt, wurden 9 Versammlungen abgehalten, von denen in 7 Vorträge gehalten wurden. Die Mitgliederzahl ist etwas zurückgegangen, was wohl an der großen Fluktuation der Arbeiterbevölkerung liegt. Die Abonnentenzahl des „Norddeutschen Volksblattes" betrug im Jahre 1906 120, im Jahre 1911 155, augenblicklich hat sie die Zahl von 225 erreicht, ohne die zahlreichen Postabonnenten. An die Kreiskasse wurden 545 Mk. abgeführt. Für den Wahlfonds gingen 72,50 Mk. ein. Der Vorsitzende des Bildungsausschusses gab den Jahresbericht desselben. Es wurde bemängelt, daß seitens des Bildungsausschusses die Strzelewicz-Abende abgehalten worden seien, die doch nicht zur Bildung beitragen könnten. Hierauf fand die Vorstandswahl statt und ergab dieselbe die Wiederwahl der bisherigen Funktionäre. Als Delegierter zum Bezirksparteitag wurde der Genosse Schwenker, als Stellvertreter der Genosse Leopoldt gewählt. Zur Vorbereitung der in diesem Herbst stattfindenden kommunalen Wahlen wurde eine viergliedrige Kommission gewählt.

Ohmstede. Der Gemeinderat beschloß in letzter Sitzung die Anstellung eines Gemeindeschreibers zur Entlastung des Gemeindevorstehers. Zur Einstellung kommt der bisherige Bureaugehilfe Osterloh, der bei dem Rechnungsführer Helms in Stellung war.

Brake. Der Stillstand des Verstandes in der „Braker Zeitung". Das genannte Blatt veröffentlicht in der Nummer vom Mittwoch den 18. Juni einen längeren Artikel betitelt: „Der Stillstand der Sozialdemokratie". In demselben ist wieder einmal allerhand Unsinn über die Sozialdemokratie geschrieben, so daß man sich wundern muß, wie ein angeblich auf fortschrittlichem Boden stehendes Blatt ihren Lesern einen derartigen Kohl bieten mag. Das Endziel des Sozialismus wird als ein Traum hingestellt, der nie in Erfüllung gehe. Ein Traum mag es wohl gewesen sein, was den Verfasser jenes Artikels zur Veröffentlichung desselben bewogen hat. Er hat wohl ganz vergessen, daß in der Weltgeschichte sehr oft sich das vollzieht, was kein Verstand des verständigen Freisinnigen sieht.

— Bekanntmachungen des Magistrats. Die Maurer-, Zimmerer- und Schmiedearbeiten zum Neubau eines Fahrradschuppens für die Realschule sollen vergeben werden. Nähere Auskunft wird im Stadtbauamt unentgeltlich erteilt. Angebote sind bis zum 29. Juni an den Stadtmagistrat zu richten. — Die in den Volksschulen vorzunehmenden Malerarbeiten sollen vergeben werden. Die näheren Angaben können im Rathause entgegengenommen werden. Angebote sind bis zum 29. Juni an den Stadtmagistrat zu richten. — Der Magistrat macht ferner bekannt: Es wird auf § 30 der Straßenordnung verwiesen, wonach die Zweige der an den Straßen stehenden Bäume und Sträucher, wenn sie über den Rand der Straße hängen, in einer Höhe bis zu 2½ Meter zu entfernen und die lebenden Hecken an den Straßen jährlich vor dem 1. Juli zu scheeren sind. — Das Abladen von Schutt auf den städtischen Grundstücken an der Verlängerten Kirchenstraße ist verboten. — Zur Errichtung einer Freibank wird vom Magistrat ein geeigneter Raum gesucht.

Emden. Die Krankenkasse für handwerksmäßige Betriebe hält am Mittwoch, 25. d. M., abends 7½ Uhr, bei Garrels eine außerordentliche General-Versammlung ab. Die Tagesordnung ist äußerst wichtig. Der Hauptpunkt lautet: Statutenberatung nach den Vorschriften der neuen Reichsversicherungsordnung. Die Vertreter werden an dieser Stelle darauf aufmerksam gemacht, um ein vollzähliges und pünktliches Erscheinen herbeizuführen. Arbeitervertreter seid zur Stelle, damit auch etwas Ersprießliches geschaffen wird! Es gilt jetzt die Kasse auszubauen, denn nach dem Inkrafttreten der neuen Versicherungsordnung dürfte es schwer fallen, weitere Verbesserungen zu erreichen.

Aus aller Welt.

Drei Jahre Gefängnis für einen Wüstling. Ein unglaubliches Sittenbild entrollte sich vor den Geschworenen des Landgerichts Berlin I. Wegen Sittlichkeitsverbrechens, Freiheitsberaubung, Körperverletzung und Nötigung war der Zeichner Wilhelm Stieber angeklagt, dessen Taten auf einem Gebiete lagen, das den Ausschluß der Oeffentlichkeit nötig machte. Am 15. Februar lernte die Verkäuferin M. auf der Straße den Angeklagten kennen, der sich ihr als Willi Schmidt vorstellte und durch sein gewandtes Wesen und seine freundlichen Manieren einen großen Eindruck auf das Mädchen machte. Auf seine Aufforderung traf sie sich am nächsten Tage wieder mit ihm und ließ sich von ihm überreden, seine Wohnung zu besichtigen. Der Angeklagte wird schon zur Genüge dadurch charakterisiert, daß er von seiner Ehefrau geschieden ist, trotzdem aber bei dieser geschiedenen Frau unangemeldet wohnt. Als das Mädchen mit dem Angeklagten dessen Zimmer betreten hatte, verschloß Stieber plötzlich die Tür und erteilte dem Mädchen Befehle schamlosester Art. Das Mädchen wollte fliehen, wurde aber festgehalten, ihre Hilferufe wurden nicht gehört, der Angeklagte riß ihr die Kleider vom Leibe und malträtierte sie dann in brutalster Weise mit einem Ausklopfer, so daß sie willenlos dem Unhold preisgegeben war. Schließlich zwang er sie, indem er ihr drohte, sie unter die Sittenpolizei zu bringen, einen Zettel nach Diktat zu schreiben, in dem sie sich verpflichtete, jede Woche einmal „ihren lieben Freund Willy" zu besuchen. Sie erhielt von dem Angeklagten den Befehl, sich an einem bestimmten Tage wieder einzufinden und wurde dann entlassen. Sie ging, entsetzt über das, was ihr passiert war, zur Polizei, die den Angeklagten in Haft nahm. Die ungeheuerlichen Einzelheiten dieses Falles ließen den Verdacht aufkommen, daß man es in der Person des Angeklagten mit einem sogenannten Sadisten zu tun habe, das Gutachten des Medizinalrates Dr. Hoffmann ging aber dahin, daß für diese Vermutung ein Anhalt nicht gegeben sei. Der Angeklagte bestritt auch entschieden jede abnorme Veranlagung und erklärte die Darstellung des Mädchens für unwahr. Er will keinerlei Zwang auf das Mädchen ausgeübt haben. — Die Geschworenen folgten aber den Bekundungen der Belastungszeugin. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu drei Jahren Gefängnis.

Schutzmann als Zuhälter. Vor der 1. Strafkammer des Landgerichts Berlin 1 beginnt heute Montag der Prozeß gegen drei Kriminalschutzleute, die beschuldigt sind, mit Dirnen, die ihrer Aufsicht unterstellt waren, in unerlaubtem Verkehr gestanden zu haben. Die Anklage richtet sich gegen den Kriminalschutzmann Paul Thiede, dessen Ehefrau Marianne, den Kriminalschutzmann Hans Bachmann und den Kriminalschutzmann August Seegebarth. Die drei Schutzleute sollen als Beamte für an sich nicht pflichtwidrige Handlungen Geschenke und andere Vorteile angenommen und gefordert haben. Thiede wird ferner zum Vorwurf gemacht, von einer Prostituierten unter Ausbeutung ihres unsittlichen Erwerbes teilweise den Lebensunterhalt bezogen zu haben.

Ein Opfer der Lynchjustiz. Richter Lynch hat wieder einmal ein Opfer gefordert. In Hotsprings war ein Neger, der ein achtjähriges weißes Mädchen vergewaltigt und ermordet hatte, ins Gefängnis gebracht worden. Die Einwohner drangen unter Führung eines Bruders des ermordeten Kindes in das Gefängnis und führten ihn, da der Sheriff und seine Gehilfen gegen die Ueberzahl ohnmächtig waren, auf den Marktplatz. Hier wurde er erst in Teer getaucht und in Federn gewälzt, dann band man ihn an eine Telegraphenstange und benützte ihn über zwei Stunden lang als Zielscheibe für ein Wettschießen aus Revolvern. Die Lynchrichter entfernten sich dann ruhig, ohne daß die Behörden auch nur gewagt hätten, gegen sie einzuschreiten.

Kleine Tageschronik. Auf dem Spandauer Güterbahnhof explodierte eine Kiste mit Zündern, die für das Feuerwerkslaboratorium bestimmt waren. Der Güterbodenarbeiter Raschke wurde auf der Stelle getötet. Der angerichtete Sachschaden ist beträchtlich. Die Ursache der Explosion ist unbekannt. — Die zweite Strafkammer des Landgerichts 1, Berlin, verurteilte am Sonnabend den Grafen Albrecht v. Königsmarck wegen Zweikampfes mittels Pistolen, der jedoch unblutig verlief, zu sechs Monaten Festung, dessen Gegner, den Rechtsanwalt Dr. Stamann aus Hamburg, zu drei Monaten Festung und den Major a. D. v. Goßler wegen Kartelltragens zu drei Tagen Festung. Das Duell war die Folge eines Zusammenstoßes auf einem Hamburger Rennen. — Nach Unterschlagung von 30 000 Mark ist der Kassierer der Karlsbader Filiale der „Brandenburgischen landwirtschaftlichen Zentralbezugs- und Absatzgenossenschaft", der Kaufmann Tiede aus Friedberg geflüchtet. — Das auf der Germaniawerft erbaute Turbinenlinienschiff „Prinzregent Luitpold hat seine Abnahmeprobefahrt mit sehr gutem Erfolge erledigt. Das Schiff ist von der kaiserlichen Marine übernommen worden und hat sofort die Reichskriegsflagge gesetzt. — In der Emaillier-Abteilung der Schwelmer Eisenwerke sollte bei einem Bottich die Dichtigkeit des Deckels durch Anwendung von 0,2 Atm. Druck geprüft werden. Dabei flog aus noch nicht aufgeklärter Ursache der Deckel ab. Dem 17jährigen Schlosser String wurde die Schädeldecke abgerissen; er war sofort tot. Ein zweiter Arbeiter kam mit leichteren Verletzungen davon. — Bei den Bauarbeiten am neuen Kanalhafen in Wanne ereignete sich ein schweres Unglück. Durch eine umgekippte Lokomotive wurden zwei Arbeiter zu Tode gequetscht. — Ein mit zwei Chauffeuren besetztes Automobil des Pariser Bankiers Lazard, das mit Gepäck nach Karlsbad unterwegs war, geriet bei Urville ins Schleudern und fuhr in voller Fahrt gegen einen Baum. Die Insassen wurden herausgeschleudert. Der eine starb bald darauf, der andere erlitt nur geringfügige Verletzungen. Das Automobil wurde zertrümmert. — Der östliche Flügel des Laboratoriums der Universität in St. Andrews (Schottland) ist durch eine Feuersbrunst zerstört worden. Nach sicheren Anzeichen ist der Brand das Werk von Anhängerinnen des Frauenstimmrechts. — Einem amtlichen Communiqué zufolge wurde Sonnabend der Militärkommandant von Bassorah (Türkei) auf einer Brücke von vier Unbekannten erschossen. Der ihn begleitende Mutesserif und ein Gendarm wurden verwundet. Die Mörder entkamen. — Die Meldung aus Saloniki, daß bei Jenikoj zwischen Drama und Xanti zwei bulgarische Militärzüge zusammengestoßen seien und daß fünf Offiziere sowie 40 Soldaten den Tod gefunden hätten, ist, wie die „Agence Bulgare" feststellt, vollkommen falsch. — Drei Anhängerinnen des Frauenstimmrechts, Kenney, Lake und Barrett in London wurden infolge Hungerstreiks aus der Haft entlassen.

harten Kapitän Guldt, als der Knabe ein Enkel des harten Hollmanngeschlechts. Er verstand es nicht. Die Wunder der Natur hatten den früher über alle Meere Gefahrenen kaum je erregt; die Wunder der Kunst hatten ihn nie gerührt. Er fragte mit der Neugier eines Menschen, der seinen Erzähler, der abgeschweift ist, wieder auf den rechten Weg bringen will: „Was geschah nun weiter? Was tat nun der Mann?"

Der Knabe war im Anblick des Bildes versunken; er saß offenbar wieder in dieser Kirche von Keitum, und mußte sich erst wieder zurechtfinden. „O," sagte er, „weiter nichts! .... Ja, doch noch etwas! Als wir beide lange so still gesessen hatten, sagte der Weber zu mir: ‚Glaubst du wohl, was ich und viele hier heimlich glauben?' ‚Was glaubt Ihr?' sagte ich. ‚Wenn die Dämmerung kommt,' sagte er, ‚kommen hier in diese Kirche Tote, die hier auf den Kirchhöfen liegen, und die auf den Watten und im fernen Meere gestorben sind, und sitzen hier in ihrer alten Kirche, zuweilen wenige, zuweilen dicht gedrängt, so wie die Sehnsucht sie hertreibt, aus ihren Gräbern, oder aus dem Meere, oder aus der Luft, oder von den Sternen, oder woher sie kommen. Sie sitzen auf den Bänken und lehnen an den Stuhlwangen, sie sitzen auf der Gallerie und auf den Brüstungen der Fenster, und sehen mit schönen stillen Gedanken nach dem Altar.' So sagte der Mann, von dem meine Mutter sagte, daß sie nicht glaube, daß er lügen könnte. Ich bin dann noch oft in der Kirche gewesen und bin dort immer still und glücklich gewesen. Und darum habe ich sie aus dem Gedächtnis hier gezeichnet, und ich glaube fest und sicher, daß alles gut gehn wird."

Jan Guldt sah das Bildwerk an, indem er sich nach vorn beugte, als wenn es ihn interessierte, und legte sich die Sache, die er nicht verstand, zurecht, indem er dachte: ‚Er betet hier vor dem Bild, daß die Anna Hollmann bis Hamburg dicht bleibt, und daß er den Mut hat, seinem Onkel allmählich zu sagen, was er über die Firma denkt.'

So war also der junge Passagier. Ein so kluger, feiner und fast heiliger Mann. Und die Anna Hollmann, die fast vierzig Jahre gelaufen hatte, sollte gerade auf dieser Reise untergehen, zwei solche Leute an Bord?

Darum ging Jan Guldt auf seiner Wache mit langsamen würdigen Schritten auf der Brücke auf und ab. und sah mit ruhevollen Augen auf das weite, schönwogende Meer, und etwas die höchsten Dinge, und sah, wie so mancher Niedersachse in Moor und Heide und auf den weiten Meeren, der ewigen Macht durch Herz und Nieren. Wie wunderbar war dies gegangen! Wie glückhaft sein rascher Sprung auf die Anna Hollmann! Ja, ein ehrlicher, fester Mensch vermag viel! Er stürmt wohl den Himmel und rüttelt die Engel wach, da sie träumten! In den Freiwachen in den Nächten schlief er den schönen Schlaf, der den Gerechten versprochen ist.

So ging es acht Tage lang. Das Schiff lief langsam, träge, mit mühsam stoßender Maschine, tief im Wasser, nach Norden der Heimat zu. Da kam die Biscaja. Und der zweite und dritte Tag ging vorüber und die Biscaja war fast überwunden. Sie sahen nach dem Feuer von Uschant aus. Da kam der Sturm.

Am Morgen wehte noch der leichte Südwest und das Wetter war hell. Um Mittag flaute der Wind ab und war so zwei Stunden still. Dann kam im Nordwesten eine dunkelgraue Wolke auf, andre schoben sich nach, zogen höher und schoben sich wie pralle Säcke aufeinander. Die Wolken stiegen rasch höher und fingen an, sich zu vermischen und lose zu treiben. Gleich danach jagte die erste Bö mit stiebendem Regen über das Meeer, das sofort voll starker, stürzender Seen lief; um sechs Uhr abends hatten sie die kurze, stoßende Art, die man an der Biscaja kennt. Doch wurde der Sturm auch durch die ganze Nacht nicht stärker als ein rechter Biscajasturm.

Die Anna Hollman hielt sich zuerst ganz gut; denn sie war von Haus aus ein glücklich gebautes Seeschiff. Als aber der Sturm sich auslegte und so recht in Kraft kam, war die verkommene Maschine nicht mehr im stande, sie gegen die anlaufende See zu halten. Eine Zeitlang gelang es ihr; aber bald wurde das Schiff wieder durch dwarslaufende Wellen zur Seite gestoßen und erduldete die schweren Schläge der Seen. Da es überladen war, fielen sie darüber her, wie Streiter über einen schweren Mann, der in den Knien liegt. In weniger als einer Stunde war Gefahr vorhanden, daß die Luken, die samt den Scherstöcken oft und an den Enden abgenutzt waren, diese Schläge nicht lange ertrügen.

(Fortsetzung folgt.)

Versammlungs-Kalender.

Dienstag, den 24. Juni.

Rüstringen-Wilhelmshaven.

Verband der Schuhmacher. Abends 8½ Uhr bei Halweland.
Gesangverein Eichenlaub. Abends 8½ Uhr: Uebungsstunde im Tivoli.

Brake.

Arbeiter-Turnverein. Abends 8½ Uhr bei D. Decker.

Hochwasser.

Dienstag, 24. Juni: vormittags 4.35, nachmittags 4.40

Unentgeltlich Rat und Auskunft in gewerblichen u. Zivilrechtsfragen erteilt für organisierte Arbeiter **Karl Riepe, Varel, Pelzerstraße 5.**

Elegante
Herren-Moden auf Kredit
eventuell ohne Anzahlung
W. Nissenfeld
Sport- u. Kinderwagen Wöchtl. Abzahl. 1 Mk.
Teppiche Gardinen
Betten Wäsche
Einzelne Möbel Anzahl. 3 Mk. Woche 1 Mk.
Moderne
Damen-Garderoben auf Kredit
wöchentliche Abzahlung 1 Mk.
Rüstringen
Wilhelmshavener Strasse 37.

Landesbibliothek Oldenburg

Bekanntmachung.

Das Gras an den Gemeinde-Fahr- und Fußwegen ist bis zum Ende dieses Monats bei Vermeidung von Strafe zu mähen.
Rüstringen, den 23. Juni 1913.

Stadtmagistrat.
Dr. Lucken.

Immobil-Verkauf.

Streek. H. Evers will sein hier an der Chaussee in unmittelbarer Nähe der Stadt belegenes neuerbautes

Zweifamilienhaus

mit 12,40 Ar Garten mit Antritt zum 1. November oder später öffentlich meistbietend verkaufen lassen.
Zweiter Termin zum Verkaufe ist angesetzt auf

Freitag den 27. Juni
nachmittags 4 Uhr

in meinem Geschäftszimmer.
Bei irgend annehmbarem Gebote soll der Zuschlag alsdann sofort erfolgen.
Kaufliebhaber ladet freundl. ein
Varel. **Hölscher,** Aukt.

Achtung! Fischverkauf

Göterstraße und Luisenstraße
in ganz frischen Fischen.

Hochf. große Schellfische	20 22 ₰
Hochf. mittel Schellfische	25 ₰
Hochf. Brotschellfisch	20 ₰
Hochf. Kabbonnade	35 ₰
Rotzungen	25 ₰
Hochf. Seelachs	18 ₰
Hochf. Goldbarsch	20 ₰
Hochf. Seehecht	25 ₰

Zu verkaufen

eine junge hochtragende **Ziege.**
F. Dunker, Tischlerstraße 16.

Neue Emder Heringe

empfiehlt
Johs. Arndt,
Werftstraße 14 u. Marienfiel.

Guterhalt. Kinderwagen

billig zu verkaufen.
Brunsstraße 1a, 1 Treppe rechts.

Fortzugshalber billig zu verkaufen 3 Bettstellen m. Matr., 1 eintür. Kleiderschrank, 1 großer Spiegel. Kanalweg 1, oben.

Junger Mann sucht auf Siebethsburg auf gleich oder später bei ruhiger Familie ein **geräumiges, einfach**

möbliertes Zimmer.

Offerten unter **R. B. 310** an die Expedition d. Bl. erbeten.

Im Hause **Deichstrich 3,** worin bislang eine Bäckerei betrieben, ist ein Laden als

Bäckerei-Niederlage

zu vermieten.
Näheres Wilhelmsh. Str. 43.

Arbeiter

zum Steineschlagen rc. gesucht.
Kuper, Baugeschäft, Roonstr. 2.

Schmiedelehrling

kann sofort eintreten bei
H. B. Freerichs, Schaarreihe.

Gesucht auf sofort

Dachdecker für Pfannenarbeit.
Freerichs, Müllerstraße 9.

Gesucht auf sofort

ein ehrlicher Junge von 14—16 Jahren als **Hausbursche** für nur leichte Arbeiten.
Kaiser-Wilhelm-Saal,
Ecke Kieler- und Bismarckstraße.

Gesucht auf sofort

ein kleiner Knecht von 15 bis 18 Jahren.
M. Batz, Sanderahm b. Sande.

Gesucht auf sofort oder zum 1. Juli ein **Mädchen** von 14 bis 16 Jahren.
Zu erfragen
Berl. Schulstraße 102.

Gesucht Tischlerlehrlinge,

einen sofort und einen zu Ostern 1914. **Fr. Janßen,** Tischlermstr., Wilhelmshaven, Mittelstraße.

Voranzeige!

!! Sonder-Angebot !!

Von Mittwoch den 25. Juni cr. an stellen wir ca. 2000 Damenblusen als aussergewöhnliches Sonder-Angebot zum Verkauf. Die Preise sind konkurrenzlos billig gestellt.

Gebr. Leffers

Sämtliche Drucksachen liefert Paul Hug & Co.

Die Strasse ist ein Schleifstein!

Das grossartige Material uns. Walküren-Stiefel

bewährt sich auch beim allerstärksten Strapazieren besser wie jedes andere. Grosse Schuhmacher-Werkstatt im Hause. Reparaturen sowie Anfertigung nach Mass in kürzester Zeit.

Trost & Wehlau, Schuhmachermstr.

Rüstringen, Wilhelmsh. Strasse 70. — Wilhelmshaven, Bismarckstr. 95.

Es ist kaum glaublich, aber wahr!

Junker & Ruh Gas-Herde

Um dem hiesigen Publikum wieder einmal Gelegenheit zu geben, sich davon zu überzeugen, wie schnell, bequem, sauber und billig man auf Gas kocht, bratet und backt, veranstalten wir am

Dienstag den 24. d. M., nachm. 5 bis 7 Uhr,
im **Laden Roonstraße 92** ein

Oeffentl. Schaukochen

auf den weltberühmten **Junker & Ruh-Gasherden,** zu dem wir die verehrliche Einwohnerschaft von Wilhelmshaven-Rüstringen höflichst einladen.

Gaswerke Wilhelmshaven-Rüstringen.

Bekanntmachung.

Dienstag den 24. Juni 1913 wird auf der Pendelstrecke Oldenburger Straße-Strandhalle der Betrieb aufgenommen. Die Züge verkehren wie folgt:

Ab Oldenburger Straße

6.24 6.40 7.52 8.00 8.08 8.16 9.04 9.52 10.24 10.56 11.28 12.00. — Darauf alle 16 Minuten bis 8.48 abends, letzter Zug 10.24.

Ab Strandhalle

6.38 6.46 8.02 8.10 8.18 8.26 9.14 10.02 10.34 11.06 11.38 12.10. — Darauf alle 16 Minuten bis 8.58 abends, letzter Zug nach Ankunft des Dampfers 10.40.

Betriebsdirektion der Wilhelmshav. Straßenbahn.

Geschäfts-Uebernahme.

Hierdurch zur gefl. Kenntnisnahme, daß ich mit dem heutigen Tage das früher Herrn **Dirks** gehörige

Papier- und Zigarren-Geschäft

übernommen habe und dasselbe in bisheriger Weise weiterführen werde. Hochachtungsvoll
Joh. Post.

Große Posten einfach englisch garnierte

Damen-Hüte

welche ich persönlich in verschiedenen Strohhut-Fabriken sehr billig erstand, kommen von **heute nachmittag 5 Uhr** an zum Verkauf:

Hauptpreislagen 1.25 2.50 3.95.

Garnierte Hüte für Damen und Kinder
nur moderne Formen von **95** Pf. an aufwärts.

Ein Posten
Tagal- und Tagaline-Formen
mit Straußfedern und Bandgarnitur
5.75 4.95 6.75

Reise-Hutkartons 1.00 Mk., extra stark mit Lederriemen 2.50 Mk.

Beachten Sie obige Hüte in den Schaufenstern.

Curt Tasse

erstklassiges Spezialgeschäft für Damenputz
Wilhelmshaven, Marktstraße 29b.

Hertha-Quelle

Mineralbrunnen der Insel Rügen.
Das beste Tafelwasser.

Vertreter: Otto Schnieder
Rüstringen.

Kaiser Wilhelm-Saal

Ecke Kieler u. Bismarckstr.
Heute Dienstag:
Grosser öffentlicher Ball.
Es ladet freundl. ein
Fr. Hektor.

Tonhallen

Am Dienstag:
Kränzchen.

Sauerkohl u. Salzschnittbohnen

in hochfeiner Ware empfiehlt
Johannes Arndt
Werftstraße 14 u. Marienfiel.

VARIETÉ THEATER
ADLER

Letzte Woche im Gastspiel des **Fritz-Steidl-Ensembles.**
Nur noch 7 Mal:

Bravo! Da capo
Die neue Revue!

Anfang 8.25 Uhr. — Morgen Dienstag **Big-Hilfe-Abend** ohne Tabakrauch.

Täglich frischen Trank

u. Kartoffelschalen zu verkaufen
Rüstringen, Gerichtsstr. 35.

Landesbibliothek Oldenburg